

b unabhängige **auernstimme**



Der Ökolandbau wächst. Die Verbände wollen einen Wettbewerb mit den konventionellen Anbausystemen. Strukturfragen gehen da leicht unter. Bauern und Bäuerinnen sind aufgerufen zu gestalten.



Der Umbau der Tierhaltung muss kommen. In Berlin zeigen die Verbraucher und Bauern bei Wir haben es satt, dass ganz neue Allianzen möglich sind. Trotzdem bleibt die Frage, wer zahlt?



Zum siebten Mal hat ein Bündnis aus vielen gesellschaftlichen Gruppen in Berlin für eine andere Agrarpolitik demonstriert. Vorne weg einmal mehr die Bauern und Bäuerinnen.

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Berlin gerockt!



Die Seite 3

Die Zeit ist reif für eine Agrarwende 3



Agrarpolitik

Weniger Geld für eine gezieltere Förderung 4
 Grün ist die Hoffnung 5
 Kasten zu klein? Umbauen! 6
 Milchmengen in kleinem Marktsegment steuern 7
 „Bauern zurückholen in die Mitte der Gesellschaft“ 10
 Weidehaltung muss erhalten bleiben 16
 Wasserwerke schlagen Alarm 17
 Brasilien - Tudo Bom?! Oder: Wie geht's weiter? 18
 Big is beautiful 20



Bewegung

Freie Listen eine Stufe höher 8
 Exklusive Stadtrundfahrt 14
 Die Sau rauslassen! 21



Schwerpunkt

Wettbewerb der Agrarsysteme 11
 Spitzer Bleistift in grün 12



Zu Besuch bei Doris Peitinger und Stephan Krepphold, Seite 9;
 Nachbau, Seite 15; Landleben, Seite 19; Veranstaltungen, Seite 22;
 Kontakte/Impressum, Seite 23



Berlin gerockt!

Was für ein bewegendes Bild am Brandenburger Tor: Über 130 Trecker aus dem Bundesgebiet, in drei Reihen aufgestellt, und 18.000 Demonstranten für eine bäuerliche und ökologischere Zukunftslandwirtschaft und gegen die Agrarindustrie. Kein Zweifel: die Bäuerinnen und Bauern zusammen mit der bunten, vielfältigen Zivilgesellschaft haben am 21. Januar Berlin „gerockt“. Bewegte Menschen, die nicht auf dem warmen Sofa davon reden, was man alles machen könnte und müsste, sondern sich im siebten Jahr im Januar auf den Weg machen, mit und ohne Trecker, ein AbL-Bauer aus Westfalen gar auf dem Fahrrad, nach Berlin. Da wird schnell noch von interessierter Seite der Versuch gestartet, die Demo im Vorfeld als Rundumschlag gegen die Landwirtschaft darzustellen. Die Menschen und die Medien haben sich nicht beirren lassen. Wann immer von Redner/innen auf der Demonstration darauf hingewiesen wird, dass wir faire Preise brauchen, das Höfesterben gestoppt werden muss, konventionelle und biologisch wirtschaftende Höfe in der Praxis bereit sind für mehr Umwelt-, Klima- und Tierschutz, für Solidarität mit Kleinbauern in der ganzen Welt – große Zustimmung und Wertschätzung aus der Menge.

Einige Berufskollegen meinen, Dialog wäre wichtiger als Protest. Wir brauchen Dialog und Protest, denn ohne politischen Druck werden wir das Höfesterben nicht stoppen können. Im Dialog sind wir uns mittlerweile über die AbL-Kreise hinaus einig, dass wir in der Landwirtschaft und in der Agrarpolitik nicht so weiter machen können und auch nicht so weiter machen wollen. Selbst Landwirtschaftsminister Schmidt ist bei seinem Kommentar zur Demonstration bei der Einsicht angelangt, dass es nicht so bleiben kann wie es ist. Es reicht nicht mehr, grüne Dialog-Bücher oder Tierwohlsiegel vor Pressefotografen hochzuhalten. Konkretes Handeln mit zeitlichen Vorgaben, eine andere Agrarförderpolitik und auch Geld dafür in die Hände nehmen, das ist politisch angesagt.

Viele junge Menschen, die einen Hof bewirtschaften bzw. suchen, führen die Demonstration an, singen „Bauern, leistet Widerstand, gegen die Agrarpolitik im Land, schließt Euch fest zusammen“ und fordern u.a. „Bäuerinnen und Bauern brauchen Land.“

Vor unserer Agrarbewegung liegt eine große Herausforderung: Wir müssen noch mehr Berufskollegen davon überzeugen, den Weg in die bäuerliche Zukunftslandwirtschaft mitzugehen und sich nicht weiter vor den Karren des Wachsen oder Weichen und der Agrarindustrie spannen zu lassen. Wir brauchen ein eigenständiges bäuerliches Gewicht gegen die Molkerei- und Fleischkonzerne.

Gleichzeitig müssen wir die Gesellschaft und die Politik davon überzeugen, dass wir viele kleine, mittlere und größere Höfe brauchen und diese den bäuerlichen Weg mitgehen, wenn sie ihn auch wirtschaftlich für machbar halten und durchhalten können. Sonst kann uns passieren, dass in 10 Jahren nur noch einige 10.000 konventionelle und Bio-Großbetriebe übrig bleiben und die kleinen und mittleren Höfe machen das Hoftor zu. Gerade diese Höfe brauchen wir dringend, um die Landwirtschaft und die Menschen flächendeckend in den ländlichen Regionen zu halten.

Also weiter politischen Druck machen, um im Bundestagswahljahr einen klaren Rahmen für den Umbau einzufordern. Eine Treckerfahrerin hat auf ihrem Schild stehen: „Ohne Bauern kriegt keiner was gebacken.“ Es ist auch unsere Verantwortung. Wie hat der Philosoph Sartre geschrieben: „Vielleicht gibt es schönere Zeiten; aber diese ist die unsere.“ Wenn das nicht ein Auftrag ist. ...

*Georg Janßen,
 AbL-Bundesgeschäftsführer*

Die Zeit ist reif für eine Agrarwende

Gemeinsam mit der Gesellschaft Akzeptanz für eine zukünftige Landwirtschaft zurück gewinnen

Es ist das siebte Jahr in Folge, in dem Bäuerinnen und Bauern aus dem ganzen Bundesgebiet mit ihren Schleppern nach Berlin aufgebrochen sind, um gemeinsam mit zehntausenden Menschen für eine Agrarwende zu demonstrieren.

Während am Potsdamer Platz, auf dem mittags die Auftaktkundgebung dieser Demonstration stattfinden soll, um acht Uhr morgens noch beschauliche Stille herrscht, sind die Fahrerinnen und Fahrer der Traktoren schon lange wach. Sie schmücken ihre Schlepper, hängen Banner und Plakate an Heckscheiben, Frontlader und Hänger. Übernachtet haben sie, wie schon in den Vorjahren, auf dem Stadtgut Blankenfelde. Wie jedes Jahr hervorragend versorgt, bewirtet und gebettet. Nicht wenige kennen sich bereits, treffen sich einmal im Jahr in Berlin. Und doch sind es immer wieder auch viele neue Menschen, die den strapaziösen Weg, mit dem Traktor viele hundert Kilometer zu fahren, auf sich nehmen, um den Bäuerinnen und Bauern in Berlin eine machtvolle Stimme zu verleihen.

Die Kolonne setzt sich in Marsch. 130 Traktoren, zum Teil mit Hängern. Vom großen PS-Boliden über das Mittelfeld der Pflege- und Hofschlepper bis zum kleinen Obstbauschlepper. Von gaaaanz alt und rostig bis fabrikneu und glänzend. Vielfältig ist sie, die Landwirtschaft. Und dabei bleiben die vielen verschiedenen Höfe, mit Milchkühen, Schweinen, Schafen, mit Acker- und Gemüsebau, Wald und, und, und ... unsichtbar im Hintergrund. Aber auch sie gehören dazu. Und noch viele mehr. Da sind die Imker mit ihren rauchenden Smokern, die handwerklich arbeitenden Bäcker und der Tankwagen der Upländer Bauernmolkerei.

Hallo, Herr Schmidt

Erste Station ist das Landwirtschaftsministerium. Zweireihig wird geparkt. Diese Straße ist dicht! Eng umringt der Vertreter des BML. Kameras hier, Bauern mit Plakaten und Gummistiefeln in Händen da. Und wie in jedem Jahr haben die Bauern einen Aufgabenkatalog mitgebracht. Georg Janßen von der Ar-

beitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft vermittelt nachdrücklich, dass es höchste Zeit ist zu handeln. Neun Punkte umfasst das Papier. Es geht um mehr Geld für bäuerlich-ökologische Betriebe, Anreize für eine besonders artgerechte Tierhaltung und ein Ende der Förderung von Agrarkonzernen. Erhalten und gefördert werden sollen kleine und mittlere Betriebe. Gefordert wird eine Reduktion des Antibiotikaeinsatzes und ein sofortiger Stopp für dessen Missbrauch und den Einsatz von Reserveantibiotika in der Tierhaltung. Dass Wasser und Klima als Lebensgrundlage besonders zu schützen sind, wird ebenso betont wie die Forderung nach einer massiven Reduktion von Pestiziden und ein dauerhaftes Verbot von Gentechnik, um die Artenvielfalt zu erhalten und das Bienensterben zu stoppen. Das alles geht nur, wenn Europa seine Handelssouveränität behält. Eine klare Absage an die Freihandelsabkommen TTIP und das schon im Abstimmungsprozess befindliche CETA fehlen deshalb ebenso wenig wie der Appell für globale Gerechtigkeit, eine Reduktion der Agrarexporte und eine Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit. Genug Stoff für mehrere Legislaturperioden. Konkrete Punkte aber auch, um innerhalb der Landwirtschaft über deren zukünftige Ausrichtung diskutieren zu können. Dabei geht es nicht um eine radikale Kehrwende, sondern um die Einsicht notwendige Korrekturen vorzunehmen, so ein Traktorfahrer.

Ein Platz voller Fahnen

Es ist bedeckt, trocken und um die null Grad, als die 130 Traktoren, eskortiert von Polizeiwagen und Blaulicht, am Potsdamer Platz ankommen. Hier haben sich tausende, nach Zählungen der Organisatoren 18.000, Menschen versammelt. Sie alle waren dem Aufruf des Bündnisses „Wir haben es satt“ gefolgt, dem mehr als 100 Organisationen aus Landwirtschaft, Imkerei, Natur-, Tier- und Verbraucherschutz, Entwicklungsorganisationen und dem Lebensmittelhandwerk angehören. Unter dem diesjährigen Motto „Agrarkonzerne, Finger weg von unserem Essen!“ zogen die Demonstranten aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen vom Potsdamer Platz zum Brandenburger Tor. Angeführt wurde der Demonstrationzug direkt hinter den Traktoren von zahlreichen jungen Bäuerinnen und Bauern, die einen Hof gründen wollen. Julia Rupp, 26-jäh-



Ein Paar Gummistiefel für den Bundeslandwirtschaftsminister
Foto: Nürnberger

rige Bäuerin aus Honhardt in Baden-Württemberg, sagte: „Als junge Generation wollen wir eine Zukunft auf dem Land. Wir brauchen dringend ein Agrarstrukturgesetz, das Landkauf- und Pachtrechte bevorzugt an junge Bäuerinnen und Bauern gibt, nicht an Investoren. Wir müssen den Niedergang der bäuerlichen Landwirtschaft und des Lebensmittelhandwerks aufhalten, sonst kommt es zum Strukturbruch.“ Nicht gegen etwas richtet sich diese Demonstration, sondern sie tritt für eine zukunftsfähige Landwirtschaft ein. Es geht darum, den Dialog zwischen Zivilgesellschaft, konventionellen und Öko-Bauern sowie Lebensmittelhandwerkern voranzubringen, um gemeinsam Wege für eine bäuerliche Zukunftslandwirtschaft zu finden, so die Organisatoren.

Reichstag, Brandenburger Tor

Große Bühne, großer Vorhang. Direkt vor dem Brandenburger Tor in Sichtweite des Reichstags, ganz nah an der Politik fand die Abschlusskundgebung dieser Demonstration zum Auftakt der Grünen Woche in Berlin statt. Und während Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt sich mit Amtskollegen aus 40 Ländern traf, um internationale Handelspraktiken zu erörtern, wurden auf dieser Bühne erneut die Eckpunkte der notwendigen Agrarreform betont. Aber es wurde auch gefeiert, die Traktorfahrer wurden bejubelt und die Gitarrenklänge der verschiedenen Bands schafften den Rahmen für gute Stimmung zwischen Bauern, Tier- und Umweltschützern und den vielen, vielen Menschen, die gekommen waren, weil sie sich der Bedeutung der Landwirtschaft für unsere Gesellschaft bewusst sind.



Vielfalt, Widerstand und Selbsthilfe

Foto: Schievelbein

Weniger Geld für eine gezieltere Förderung

Wie soll die europäische Agrarförderung zukünftig ausgerichtet werden?

Es wäre der Zeitpunkt für eine Halbeitbetrachtung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik. Diese wird es nach einer ersten zögerlichen Initiative des amtierenden EU-Agrarkommissars Phil Hogan im Frühjahr des vergangenen Jahres, mit Anmerkungen zum Greening und zum Bürokratieabbau, aber wohl nicht geben. Trotzdem laufen sich viele Beteiligte inzwischen warm, äußern ihre Kritik und veröffentlichen ihre Wünsche und Vorstellungen für die Ausrichtung und Finanzierung der Agrarpolitik nach 2020.

Anfang Dezember betonte Kommissionspräsident Juncker, dass Vereinfachung und Modernisierung die Schlüsselthemen für die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 sein werden. Gleichzeitig kündigte er eine Erklärung der Kommission zur GAP bis Ende 2017 an. Ende Februar 2017 soll eine öffentliche europaweite Konsultation starten, an der sich alle, interessierte Personen, Verbände, NGOs, beteiligen können. Die Planungen zur GAP 2020 werden erstmals ohne Großbritannien stattfinden. Infolge des Ausscheidens des immerhin zweitgröß-

ten Nettozahlers werden dem EU-Haushalt auf einen Schlag rund 13 Mrd. Euro fehlen, stellte der Europa-Staatsminister Michael Roth bei der Eröffnung der Landwirtschaftlichen Woche im nordhessischen Baunatal fest. Er rechne damit, dass alle Ausgaben der Europäischen Union „knallhart“ auf den Prüfstand gestellt würden, wovon „selbstverständlich auch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nicht verschont bleiben wird“.

Neuausrichtung gefordert

„Ziel muss sein, dass keine Steuergelder mehr unqualifiziert an Landbewirtschafteter fließen, sondern nur noch mit einer ökologisch und gesellschaftlich sinnvollen Gegenleistung“, so steht es in der Studie „Fundamente statt Säulen: Vorschläge zur Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik“ des grünen Europaabgeordneten Martin Häusling. Hier stellen die beiden Autoren ein vierstufiges Modell (0-3) vor, das die bisherige Aufteilung in erste und zweite Säule ersetzen soll. Betriebe, die nur den gesetzlichen Standards genügen, fallen in die Gruppe 3. Im Laufe der Förderperiode

2020 bis 2028 sollen ihre Zahlungsansprüche schrittweise erlöschen. In Stufe 2 dürfen Betriebe nahezu keine Umweltauswirkungen freisetzen, während Betriebe in Stufe 1 höhere Ansprüche u. a. im Tiererschutz, z. B. Neuland-Standard, erfüllen sollen. Der Ökolandbau, so die Autoren, wäre direkt Premium und in Kategorie 0 wiederzufinden.

Punkte statt Säulen

Kritik an der breiten, nicht weiter qualifizierten Verteilung eines Großteils der Agrarförderung wird von vielen Verbänden geübt. So hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ein Modell entwickelt, in dem über einen Punkteschlüssel neben der Betriebsstruktur und dem Arbeitskräftebesatz weitere der Allgemeinheit zugutekommende Leistungen und damit auch soziale und kulturelle Komponenten erfasst werden. Die Agrargelder sollen dann vorrangig an bäuerliche, nachhaltig wirtschaftende Betriebe mit einem gemäßigten Viehbesatz und einer vielfältigen Fruchtfolge ausgezahlt werden.

Langfristig

Weit nach vorne blickt das im Auftrag von Greenpeace erstellte Kursbuch Agrarwende 2050. Um die zukünftigen Weichenstellungen benennen zu können, wird hier zuerst eine Zukunftsvision formuliert. Konkrete Vorgaben gibt es für die Bereiche Klima, biologische Vielfalt, Nährstoffe,

Schadstoffeinträge, Tierwohl und virtueller Flächenbedarf – die „wesentlichen Defizite der derzeitigen Landwirtschaft“. Die Studie beschreibt keinen Weg zu 100 Prozent Bio, sondern stellt die konventionelle Landbewirtschaftung, die bis 2050 schrittweise ökologisiert werden soll, in den Mittelpunkt, weil hier der wesentliche Handlungsbedarf bestehe. Neben einer deutlichen Reduktion des Düngemiteleinsetzes ist der gänzliche Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel eine der auf den ersten Blick am weitesten gehenden Vorgaben. Trotz eines angenommenen Ernterückgangs um 40 Prozent infolge geringerer Düngeraufwendungen und des Verzichts auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel kommen die Autoren zu dem Ergebnis, „dass eine ökologisierte konventionelle Landwirtschaft bei einem Selbstversorgungsgrad von rund 100 Prozent die deutsche Bevölkerung im Jahr 2050 ernähren kann“. Voraussetzung sei eine Umstellung der Ernährungsgewohnheiten: Der

Fleischkonsum müsse markant verringert und gleichzeitig müssten Lebensmittelabfälle um 50 Prozent reduziert werden.

Wenig ändern

Viel beim Alten belassen möchte der Deutsche Bauernverband und bekennt sich klar zur Zwei-Säulen-Struktur der Agrarpolitik. In dieser Sichtweise leisten die Direktzahlungen aus der ersten Säule einen wichtigen Beitrag zur Absicherung des landwirtschaftlichen Einkommens. Auch Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt (CSU) bekennt sich klar zur Zwei-Säulen-Struktur der GAP, will jedoch die Gelder der ersten Säule mehr differenzieren. Mit den Direktzahlungen möchte er „bäuerliche, viehhaltende Betriebe fördern, die wegen der Preisvolatilitäten und der gesellschaftlichen Ansprüche besonders gefordert sind“, so das Grünbuch Landwirtschaft des BMEL. Eine Obergrenze, wie sie immer wieder auch von der AbL gefordert wird, schloss der Minister indes aus.

Mehr Naturschutz

Ihre Ambitionen, auch zukünftig bei der Ausrichtung der Landwirtschaft mitreden zu wollen, machte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks kurz vor Beginn der Grünen Woche deutlich. „Wir brauchen den Systemwechsel, hinter dem die gesamte Gesellschaft steht“, sagte die Umweltministerin in ihrer Rede und kritisierte das bisherige Fördersystem mit seinen an der Fläche ausgerichteten Direktzahlungen als absurd. In der von ihr in Auftrag gegebenen Studie entwickelt Prof. Peter Feindt von der Universität Wageningen ein aus fünf Elementen bestehendes Fördersystem. Neben Basismaßnahmen im Agrarumwelt- und Klimaschutz soll es Prämien für den Erhalt von Landschaftsvielfalt, die Teilnahme an Agrarumwelt- und Klimaschutzprogrammen geben. Kooperationsprogramme zwischen Landwirtschaft und Naturschutz sollen ebenso gefördert werden wie die Entwicklung nachhaltiger Märkte. Damit hat sich die Umweltministerin zum wiederholten Male tief in den gefühlten Zuständigkeitsbereich ihres Ministerkollegen Christian Schmidt gewagt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die weiteren Verhandlungen zur zukünftigen Ausrichtung der GAP gestalten werden. Mit einem wenig an Greening und der Berücksichtigung gesellschaftlicher Belange interessierten Agrarkommissar Phil Hogan wird es auch für kleine Verbesserungen eines großen Drucks seitens der Bewegung bedürfen. mm



In Brüssel haben Bauern und Bäuerinnen des European Milk Boards (EMB) gegen den Verkauf des EU-Interventions-Milchpulvers und für die Einführung eines regulären Marktkriseninstrumentes demonstriert. Sie bliesen Milchpulver über Weltkarten – symbolisch für das Dumping, mit dem die EU die sich gerade weltweit erholenden Milchpreise wieder bedroht. Der Milchmarkt brauche verbindliche intelligente Instrumente zur Entlastung, das zeige auch der Erfolg des freiwilligen Reduktionsprogramms, so Sieta van Keimpema, Milchbäuerin und Vizevorsitzende des EMB. Foto: EMB

Grün ist die Hoffnung

Wenig Konkretes, aber sechs Ecken auf der Grünen Woche

Er kam später und ging früher und dazwischen sagte er nicht viel. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) machte bei der offiziellen Journalistenfragestunde anlässlich der Grünen Woche in Berlin mal wieder das, was seine Amtszeit kennzeichnet – wenig. Er lobte sich selber für die Moderation fruchtbarer Dialoge zwischen Interessengruppen mit unterschiedlichen Vorstellungen davon, wie Landwirtschaft in Zukunft aussehen soll. Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied machte in seiner Fragestunde einmal mehr klar, dass für ihn dazu eine stabile, weil „direkt einkommenswirksame“ erste Säule der EU-Agrarsubventionen und keine „Kehrtwende“ in der Agrarpolitik, sondern das DBV-Motto „Veränderungen gestalten“ gehöre. Angesprochen auf den erstmals auch von der DLG angemahnten Systemwechsel entgegnete Rukwied, er habe „schmunzeln müssen über den Kollegen, der zurück zu den bäuerlichen Wurzeln wolle“.

Gut in Form

Aber noch mal zu Bundesminister Schmidt, er versprach „erhebliche Investitionen“ in eine Nutztierstrategie und ein Tierwohllabel, dessen Kriterien aber erst noch mit den Stakeholdern ausgearbeitet werden müssten. Dabei hatten vorherige Ankündigungen doch erwarten lassen, dass er nun Konkretes vorstellen wolle. Darauf hatte auch Alexander Hinrichs, Geschäftsführer der Initiative Tierwohl, beim Pressefrühstück zuvor gehofft. Man stehe Labelplänen offen gegenüber, sagte er, und erwarte nun konkrete Schritte: Zeitplan, Kriterien, Inhalte. Als Hinrichs dann später zur tatsächlich von Schmidt kurzfristig anberaumten Labelvorstellung wollte, um Genaueres zu erfahren, durfte er nicht durch die Einlasskontrolle – sorry, nur für ausgewählte Pressevertreter. Das Konkreteste, was man dort erfahren konnte, war dann allerdings, dass das Label sechseckig sein wird. Nicht nur, weil es damit optisch dem Bundesbiosiegel ähnlich sieht, kommentierte Bioland: „Dieses Label ist Verbrauchertäuschung.“ Es gaulere auch bessere Haltungsverhältnisse vor, zementiere den Status quo und verhindere Investitionen in den Umbau zu artgerechten Stallsystemen.

Tropfen auf Stein

Die Initiative Tierwohl hatte tatsächlich mit Neuigkeiten aufwarten können: gesicherte Beiträge bis Ende 2020; mehr Geld, da die Mitglieder aus Handel und Verarbeitung 6,25 Cent statt der bisherigen 4

Cent pro Kilo Fleisch abführen wollen; gestiegene Grundanforderungen; Einführung eines Tiergesundheitsindex aufgrund von Schlachtbefunden; einen Topf für Innovationen auf den Höfen; Aufnahme von 240 Betrieben von der Warteliste ins Programm. Vielleicht die interessanteste Neuerung ist die Tatsache, dass ab 2018 Geflügelprodukte aus Mitgliedsbetrieben als solche gekennzeichnet werden sollen. Man sei Wünschen und Anforderungen der Öffentlichkeit entgegengekommen, so Hinrichs. Bei Schweinen sei allerdings eine Kennzeichnung aufgrund der noch stärker arbeitsteiligen Wirtschaftsweise der Tierhaltung und des breiten Ansatzes der Initiative – zumindest noch – nicht möglich. Hinrichs betonte, wie wichtig die Mitnahme vieler Betriebe der Initiative Tierwohl sei, musste sich aber die Kritik anhören, längst noch nicht allen Interessierten das Mitmachen ermöglichen zu können. 645 Mio. Euro werden seit dem Start der Initiative vor zwei Jahren bis Ende 2020 auf Höfe geflossen sein, angesichts der vom Wissenschaftlichen Beirat genannten drei bis fünf Milliarden Euro jährlich für einen Umbau der Tierhaltung ein Tropfen auf den heißen Stein.

Europa, wer zahlt?

Um Geld ging es auch in der Fragestunde mit dem EU-Agrarkommissar Phil Hogan. Acht bis zehn Milliarden Euro verliere die EU durch den Brexit insgesamt. Der Agrarbereich erhalte 38 % aus dem gemeinsamen Topf, entsprechend hoch seien die Begehrlichkeiten, machte Hogan klar. „Wir sind in der Schusslinie.“ Man müsse die Gelder noch stärker an Nachhaltigkeitszielen ausrichten. Er sei froh, dass sich die schwierige Situation auf den Märkten bessere und halte ein freiwilliges Milchmengenreduktionsprogramm auch für die Zukunft für nützlich. Befragt, ob die EU-Ökoverordnung nicht in einer Sackgasse stecke und Parlamentarier frustriere, entgegnete er, anberaumte Treffen der beteiligten Verhandlungspartner für Ende März drückten nicht eben Frust aus. Im Gegenteil, man habe nennenswerte Erfolge erzielt, es hänge im Wesentlichen an den Punkten Importe, Rückstandsgrenzwerte, Geltungsbereiche bei Saatgut und Gewächshauskulturen. Es gebe nach wie vor Kompromissbereitschaft, so dass er zuversichtlich sei, dass sich das Regelwerk unter der aktuellen maltesischen Ratspräsidentschaft abschließen lassen werde. *cs*



Bauern in Berlin: Mit Fahrrad und Trecker

Foto: Thomsen

Kritik am Gentechnik-Gesetz-Entwurf

Bei einer Anhörung im deutschen Bundestag gab es erhebliche Kritik verschiedener geladener Experten an dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Gentechnikgesetzes. Hintergrund ist die Umsetzung einer EU-Richtlinie zu opt/out, die es ermöglicht, den Anbau gentechnisch veränderter (GV) Organismen aus bspw. sozioökonomischen oder umweltpolitischen Gründen zu verbieten. Mit dem Regierungsentwurf würden flächendeckende Anbauverbote „in weite Ferne“ rücken, erläuterte Beatrix Tappeser, Staatssekretärin im hessischen Landwirtschaftsministerium. Aus Sicht der Bundesländer sei der Gesetzesentwurf der Bundesländer vorzuziehen, da er die Zuständigkeiten eindeutig beim Bund sieht, um bundesweit geltende Anbauverbote zu erreichen. Rechtsanwalt Georg Buchholz, der verschiedene Gutachten zu opt/out verfasst hat, wirft dem aktuellen Gesetzesentwurf der Bundesregierung sogar „eine verfassungswidrige Mischverwaltung“ vor, da die Regelung offen ließe, ob Bund oder Länder für die Entscheidung verantwortlich sind. Wolfgang Koehler, ehemaliger Referatsleiter des BMEL, konstatierte, dass ein Einvernehmen von 6 Bundesressorts zur opt/out-Frage nach seinen Erfahrungen „ein Beamtenleben“ lang dauern würde. Heike Moldenhauer vom BUND forderte, die Länderöffnungsklausel, also die Möglichkeit, dass die Länder ebenso Anbauverbote verhängen können, ersatzlos zu streichen. Nur so könne ein Flickenteppich unterschiedlicher Regelungen in Deutschland verhindert werden. Einziger Akteur beim Gentechnik-Anbauverbot müsse die Bundesregierung sein, und sie müsse auch das Klagerisiko tragen. Auch die SPD kritisiert den Gesetzesentwurf und betont, „ohne Änderungen werden wir den Gesetzesentwurf nicht mittragen.“ *av*

EU-Agrarminister uneins über Handelspolitik

Die EU-Kommission will ein Handelsabkommen zwischen Europa und Neuseeland sowie separat mit Australien initiieren und strebt noch in diesem Jahr ein Handelsmandat an, dem der EU-Ministerrat und das EU-Parlament zustimmen müssen. In dem jüngsten EU-Agrarrat löste das eine Debatte aus. Die polnischen Delegierten verlangten, dass der gesamte Milchsektor aus den Verhandlungen ausgeklammert werden müsse. Länder wie Österreich, Lettland, Ungarn und Bulgarien verlangten ein sensibles Vorgehen der Verhandler für den empfindlichen Agrarsektor. Deutschland verwies lediglich auf die möglichen Risiken auf den Milchmarkt, um dann solche Abkommen grundsätzlich zu begrüßen. In einer Pressemitteilung warnte die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) im Vorfeld davor, dass ein zollfreier Marktzugang der Milchindustrie Neuseelands auf den europäischen Binnenmarkt erhebliche negative Folgen besonders für die Milchviehbetriebe in Europa und Deutschland haben würde. Es stehen aber noch viele weitere Handelsabkommen auf der to do Liste der Freihandelsfreudigen EU-Kommission. Deshalb fordern 12 Länder um Frankreich herum eine umfassende Auswirkungsanalyse für den Agrarsektor und formulierte dafür eine Methodik. Die EU plant außerdem in den nächsten Wochen das Handelsabkommen mit Japan abzuschließen. Analysten erhoffen sich eine Schub dieser Verhandlungen dadurch, dass US-Präsident Donald Trump dem ohnehin längst auf der Kippe stehenden Transpazifischen Handelsabkommen (TPP) am 23. Januar eine Absage erteilte. *bet*

Mehr Probleme in großen Ställen

Bezug nehmend auf die Fallstudie „Zusammenhang zwischen Bestands-, Gruppengröße und Indikatoren des Tierwohls in der konventionellen Schweinemast“ kritisieren die Wissenschaftler des Kasseler Instituts die nicht repräsentative Auswahl der 60 untersuchten Betriebe. Diese seien nicht unabhängig, selbstständig und durch Zufallsauswahl sondern willkürlich durch Berater von Erzeugervereinigungen ausgesucht worden. Kritisiert wird auch die Größe der Betriebe: „Die Auswahl der Untersuchungsbetriebe ist durch eine nicht repräsentative Bestandsgrößenverteilung stark verzerrt. Während die Schweinemastbetriebe in Deutschland 2014 eine durchschnittliche Bestandsgröße von 678 Tieren hatten, betrug der Durchschnitt bei den 60 willkürlich ausgewählten Untersuchungsbetrieben 2.641 Tiere.“ Das ist insofern relevant, als das die Untersuchungsergebnisse der Arbeit - darauf hoben verschiedene Berichte in der Fachpresse stark ab - vermeintlich kaum Unterschiede in den Haltingsbedingungen zwischen unterschiedlichen Betriebsgrößen aufzeigten. Die untersuchten Betriebe sind also alles eher größere und das wirklich bezeichnende Ergebnis der Arbeit ist, dass durchgängig schlechte, dringend verbesserungsbedürftige Haltingsbedingungen der Mastschweine in Betrieben mit den Haltingsformen Voll- und Teilspalten vorgefunden wurden. Auffällig sei auch, so die Kasseler Wissenschaftler, dass bei zahlreichen Merkmalen die Betriebe mit den relativ kleineren Beständen besser abgeschnitten hätten als die größeren. **mn**

Kasten zu klein? Umbauen!

Interview mit der hessischen Agrarministerin Priska Hinz zur Kastenständen

Unabhängige Bauernstimme: Sehr geehrte Frau Ministerin Priska Hinz, mit Ihrem Erlass zur Sauenhaltung in Hessen als Reaktion auf das Magdeburger Urteil haben Sie vielfältige Reaktionen unter den Landwirten und Sauenhaltern hervorgerufen. Ihre Aufforderung an die Betriebe, binnen sechs Monaten, in Ausnahmefällen innerhalb von zwölf Monaten, ein „Konzept zur Herstellung eines rechtskonformen Zustandes“ zu erstellen, macht Ihren Willen zu einer kurzfristigen Umsetzung des Urteils deutlich. Können Sie abschätzen, wie viele Sauenhaltungsbetriebe betroffen sind?

Priska Hinz: Wir haben etwa 440 Betriebe mit einem Bestand von rund 31.500 Tieren in Hessen. Nach unserer Kenntnis könnten etwa 85 Prozent dieser Betriebe vom Magdeburger Urteil betroffen sein. Es gibt auch Alternativen zu baulichen Änderungen, etwa auf Sauen mit kleinerem Stockmaß zurückzugreifen oder vorhandene Kastenstände frei zu lassen, um sie als Ausweichfläche zu nutzen. Das führt allerdings zu einer Verkleinerung des Bestandes und wird deshalb für die Mehrzahl der Betriebe kaum in Frage kommen.

Viele Betriebe dürfte eine kurzfristige Umsetzung vor oftmals nicht zu bewältigende Investitionen stellen. Auch die Erstellung eines Konzepts, das den Kernbereich des Betriebs betrifft, ist aufwendig und wird zusätzliche Kosten verursachen. Welchen Zeitraum streben Sie an, innerhalb dessen die Konzepte in der Praxis umgesetzt sein müssen?

Die Betriebe haben grundsätzlich sechs – begründet auch zwölf Monate – Zeit, um ein Konzept vorzulegen. Dabei werden die landwirtschaftlichen Betriebe natürlich beraten. Erst anschließend wird über die Umsetzung entschieden und zwar auch im Blick auf die Verhältnismäßigkeit und Wirtschaftlichkeit. Darüber hinaus wird es ein bundesweit abgestimmtes Vorgehen geben, dafür haben wir uns auf der Amtschefkonferenz der Agrarministerkonferenz eingesetzt. Dies wird unsere hessischen Vorbereitungen unterstützen.

Hessen ist in vielen Bereichen von einer bäuerlichen Landwirtschaft geprägt – Strukturen, die Sie als Ministerin auch zukünftig erhalten wollen. Wie das Magdeburger Urteil jetzt belegt, bestehen aber auch in diesen Strukturen teilweise gravierende Mängel, in diesem Fall bei der Sauenhaltung. Viele Betriebsleiter befinden sich in einer auch finanziell schwierigen Situation. Sie haben ihre Betriebe

unter den ökonomischen Anforderungen entwickelt: immer mehr Tiere auf weniger Platz. Auch aufgrund der Vorgaben der Beratung und vor dem Hintergrund einer scheinbaren rechtlichen Zulässigkeit. Wie wollen Sie verhindern, dass die neuen Anforderungen an die Sauenhaltung zu einer Aufgabe vieler Betriebe, einem Import von ausländischen Ferkeln bzw. einer Verlagerung hin zu größeren, industriellen Einheiten führen?

Wir werden in der Umsetzung sehr darauf achten, dass gerade die kleineren Betriebe nicht überfordert werden und erhalten bleiben. Manch einer hat erst vor wenigen Jahren in eine Modernisierung seines Stalls investiert. In den Konzepten der Betriebe muss daher der Weg aufgezeichnet sein, wie ein dem Tierwohl entsprechender Zustand unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten erreicht werden soll. Anschließend wird jeder Betrieb auf diesem Weg begleitet. Das gilt gleichermaßen für die Beratung über den Landesdienst Landwirtschaft Hessen (LLH) als auch für eine mögliche investive Förderung von Umbauten. Diese ist möglich, wenn neue Ställe über den gesetzlichen Mindeststandard hinausgehen und eine zusätzliche Verbesserung des Tierwohls sichern. Zudem planen wir Demonstrationsprojekte mit drei oder vier Betrieben, die anderen als Beispiel oder Richtschnur dienen können.

Der wissenschaftliche Beirat hat in seinem Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ aufgezeigt, dass es einen grundlegenden Umbau der Tierhaltung in Deutschland braucht. Gleichzeitig stellen die Wissenschaftler fest, dass dieser viel Geld kosten wird. Im aktuellen Fall der zu kleinen Kastenstände für Sauen wird dies sehr konkret sichtbar. In seinem Gutachten kommt der wissenschaftliche Beirat zu dem Schluss, dass die Finanzierung eines Umbaus der Tierhaltung eine gesellschaftliche Aufgabe ist, die nicht alleine von den Landwirten finanziert werden kann. Gibt es eine Vision bzw. ein Konzept zum Umbau der Tierhaltung in Hessen hin zu einer Haltung, die das Tierwohl sicherstellt, bäuerliche Betriebe erhält und nachhaltige, regionale Strukturen fördert oder ist der Erlass zur Sauenhaltung eine isolierte Reaktion auf das Magdeburger Urteil?

Wir wollen in Hessen die bäuerliche Landwirtschaft erhalten und die Betriebe unterstützen, hohe Tierschutzstandards einzuhalten, ressourcenschonend zu arbeiten, den ökologischen Landbau auszuwei-



Priska Hinz

Foto: hess. Umweltm./S.Feige

ten und regional zu vermarkten. Dazu haben wir in den vergangenen Jahren schon einiges erreicht. Etwa mit unserem Förderprogramm HALM – also dem umfangreichen Programm zur Förderung von Agrarumweltmaßnahmen. Jeder landwirtschaftliche Betrieb, der aus diesem Topf gefördert wird, hat sich komplett oder zu Teilen in seiner Tätigkeit verpflichtet, umweltschonender zu arbeiten. Das beinhaltet auch tiergerechtere Haltungssysteme. Hierfür haben wir eigens die Agrarinvestitionsförderung (AFP) um eine neue Premi- umförderstufe erweitert. Darüber hinaus haben wir den Runden Tisch Tierwohl eingerichtet, an dem Vertreterinnen und Vertreter aller betroffenen Berufsstände und Verbände gemeinsame Lösungen für Probleme in der landwirtschaftlichen Tierhaltung suchen. Die Mitglieder des Runden Tisches vereint das Ziel, die Haltingsbedingungen in der hessischen Landwirtschaft nachhaltig und strukturell zu verbessern – unter Mitarbeit und mit Zustimmung der Landwirtschaft. Zudem arbeiten wir an der Stärkung der landwirtschaftlichen Wertschöpfung. Hier stehen die Vermarktung und die Veredlung regionaler Produkte für den regionalen Handel und die Gastronomie im Fokus. Mit unserem Ökoaktionsplan und HALM erleben wir einen kontinuierlichen Anstieg der ökologisch wirtschaftenden Betriebe in Hessen – mitsamt besseren Haltingsbedingungen. Wir sind in Hessen mit einem Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche von 12,5 Prozent in Deutschland weiterhin Spitzenreiter. Sie sehen, all diese Bausteine sind Teil einer mittel- und langfristigen Strategie. Das Magdeburger Urteil allerdings ist eine aktuelle und wegweisende Entscheidung für eine Umstrukturierung der Sauenhaltung.

Vielen Dank für das Gespräch!

mn

Milchmengen in kleinem Marktsegment steuern

Biomilchmarkt könnte als Vorreiter Mengensteuerung zum Schutz vor Preiskrisen regeln

Während die Notwendigkeit für Regelungen zur Mengensteuerung im konventionellen Milchmarkt im vergangenen Preiskrisenjahr in großer Breite erkannt wurde, ist von einem Lerneffekt aus dem dramatischen Erzeugerpreisverfall bis heute nichts zu merken. Im kleineren Maßstab des Biomilchmarktes konnten sich die Erzeugerpreise, unabhängig vom konventionellen Markt, bei steigender Nachfrage halten. Eine komfortable Situation, aus der heraus bisher jedoch auch nur in seltensten Fällen Regelungen zur Mengensteuerung für eventuelle zukünftige Angebotsüberschüsse getroffen wurden. So hat die Upländer Bauernmolkerei festgelegt, in Krisenzeiten den Preis für Überlieferungsmengen abzustufen. Ansonsten gibt es vereinzelt kleine, eigenverantwortlich vermarktende Erzeugergemeinschaften, die um die Notwendigkeit der Planungssicherheit für ihren Vermarktungserfolg wissen und deshalb zuverlässig, unter enger sozialer Kontrolle, ihre Milchmengen für das anstehende Jahr abschätzen.

Zuwachs Biomilchmengen

In der Folge der Unsicherheiten auf dem konventionellen Milchmarkt kommen jedoch viele Umstellerbetriebe neu auf den Biomarkt. Milchverarbeiter wie Ammerland und Arla bauen eigene Bioschienen auf oder planen dies wie Fude + Serrahn, ein Tochterunternehmen des Deutschen Milchkontors. Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 732 Millionen Kilogramm (Mio. kg) Biomilch verzeichnet, ein Anteil von 2,3 Prozent an der Gesamtmilchmenge. Für das vergangene Jahr wird von rund 795 Mio. kg Biomilch ausgegangen – ein Zuwachs von 8,6 Prozent. Aktuell befinden sich geschätzt 600 bis 700 neue Bio-Milchviehbetriebe in der Umstellung. Zusammen mit geschätzten Aufstockungen bestehender Betriebe ergibt das ein Zuwachsmenge von etwa 230 bis 270 Mio. kg Biomilch. Das entspricht 34 Prozent der gesamten Biomilchmenge von 2015, allein die Umstellungsmilch macht 28 Prozent aus. Da bisher noch etwa 30 Prozent der benötigten Biomilchmengen importiert wurden, können nur die zur Zeit erwarteten steigenden Nachfragemengen von jährlich fünf bis acht Prozent dafür sorgen, dass kein Angebotsüberschuss entsteht. Zumal sich in den größten Importländern Dänemark und Österreich ebenfalls die Produktion ausdehnt. Ab Ende 2017, Anfang 2018 wird voraussichtlich knapp eine Milliarde Kilogramm deutsche Biomilch auf dem Markt sein. Biolands Biomilchexperte Rüdiger Brüg-

mann betont auf dem Internetportal oekolandbau.de, dass es für die Erzeugerbetriebe keine Garantie für eine Fortsetzung der günstigen Marktlage gebe. Das größte Risiko bestehe zurzeit darin, dass ein Überangebot wie im konventionellen Markt auf die Preise durchschlage. Dennoch geht Brüggemann in einer Bioland-Erzeugermitteilung vom Dezember davon aus, dass es gelingen sollte, die Mehrmengen unterzubringen, „bei weiteren guten Marktentwicklungen und dem Bestreben, Importmengen zu verdrängen und Bio-Milchprodukte aus regionaler Herkunft anzubieten“.

Kleinen Rahmen nutzen

„Die Sorge der Bauern vor einem unsicheren Biomarkt ist da“, beobachtet Elisabeth Waizenegger, Milchbäuerin im Allgäu und Mitglied im Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die Stimmung unter süddeutschen Milcherzeugern. Die einzige Vorsichtsmaßnahme der Branche: Bei den bestehenden Biomilch verarbeitenden Molkereien werden keine Umsteller von außerhalb aufgenommen – Aufstocker oder Umsteller aus den eigenen Reihen konventioneller Milchverarbeiter mit Bioschiene aber schon. „Mittlerweile richten sich einige Stimmen der Biobauern an die Molkereien: ‚Ihr könnt nicht alles nehmen, was kommt, und nicht schauen, ob der Markt das aufnimmt!‘“, so Waizenegger, die überzeugt ist: „Wenn die Milchmenge mehr wird, dann brauchen wir zukünftig irgendeine Art der Mengensteuerung.“ Der nordrhein-westfälische Milchbauer und AbL-Landesvorsitzende Bernd Schmitz sieht die dabei bestehende Chance: „In dem überschaubaren Biomilchmarkt können wir noch was bewegen – und vormachen, was im großen konventionellen Milchmarkt möglich wäre. Auch im Biobereich gibt es garantiert zwei oder drei Molkereien, denen die Verantwortung für die Milcherzeuger egal ist.

Bei der Schlacht um Marktanteile mit Niedrigpreisangeboten kriegen die Bauern und Bäuerinnen dann auch nur, was übrig bleibt.“ Er hat eine Initiative der Milcherzeugergemeinschaft (MEG) Milch Board angeregt. Um möglichst viele Biomilcherzeuger zu erreichen und zukünftig eventuell unter dem Dach des Milch Board in Preis- und Mengenverhandlungen vertreten zu können, wurden aktuell die bestehenden Bio-MEGs Nord, Süd und Mittelgebirgsbauern angesprochen sowie Kontakt zu den Bioverbänden aufgenommen. Um erste strategische Schritte zu planen, werden Unterstützungswille, besondere Anliegen und Voraussetzungen durch bestehende Verbandsmitgliedschaften abgefragt.

Bleibt zu hoffen, dass die Verantwortlichen beim Zustandekommen eines großen Biomilcherzeugerzusammenschlusses die Chance zum Einbau von Praxisinstrumenten zur Mengensteuerung nutzen: beispielsweise interne, von Anfang an klar kommunizierte, verbindlich durchsetzbare Regeln, gegen Überlieferungen beteiligter Betriebe vorzugehen – sowie bei Vertragsabschlüssen mit Molkereien Mengensteuerungsinstrumente für Marktkrisensituationen festzulegen, z. B. im letzten Jahr ausprobierte Bonus-Malus-Modelle. cw



Anstoßen mit Biomilch auf gute Zusammenarbeit

Foto: Möhrle

DMK-Kündiger gründen MEGs

Bereits einen Tag bevor die Kündigungswelle von Milchbauern des Deutschen Milchkontors (DMK) öffentlich wurde, gründeten zwölf der aussteigenden Milchbauern und -bäuerinnen das Geschäftsfeld Coesfeld & Umgebung unter dem Dach der Milcherzeugergemeinschaft (MEG) Milch Board. Zehn von ihnen liefern aktuell noch an das DMK, ihr Liefervertrag läuft bis Ende des Jahres 2018. Zwei andere liefern bis Ende 2017 an die DMK Tochter Fude + Serrahn. Gemeinsam erzeugt die Gruppe jährlich rund 10,5 Millionen Kilogramm Milch. Ein weiteres Geschäftsfeld zur Milchvermarktung ist in der Grafschaft Bentheim in Vorbereitung, ebenfalls um DMK-Kündiger nicht alleine stehen zu lassen. Am 18. Januar 2017 hatte der Aufsichtsratsvorsitzende des DMK, Heinz Korte, gegenüber *topagrar* eingeräumt, dass die größte deutsche Molkerei bis Ende 2018 ein Viertel der eigenen Milchlieferung durch Kündigungen verlieren wird. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hatte in einer Pressemitteilung das mutige Handeln der Milchbäuerinnen und -bauern betont, die im norddeutschen Raum kaum direkte Alternativen zum DMK haben. Um die Situation konstruktiv zu nutzen, rief die AbL die Milcherzeuger zu einer Bündelungsoffensive auf und forderte dafür verlässliche politische Unterstützung. cw

Kontakte zu den MEGs auch über die AbL: jasper@abl-ev.de, 02381-9053171

Kleinbauernrechte weltweit

Immer wieder werden die Rechte von Kleinbauern von den Interessen großer und mächtiger Akteure verletzt. So werden zum Beispiel ihre Züchtungen von Saatgutkonzernen geklaut und ihre Anbauflächen von Regierungen kassiert – ohne, dass sie dagegen etwas tun können. Dabei erledigen Kleinbauern eine wichtige Aufgabe: Sie ernähren rund 70 Prozent der Weltbevölkerung – nur für sich selbst bleibt oft nicht genug übrig. Der Global Peasants' Rights Congress, den die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall in Zusammenarbeit mit La Via Campesina, der Menschenrechtsorganisation FIAN und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft veranstaltet, soll auf die Situation der Kleinbauern aufmerksam zu machen. Darüber hinaus soll der Kongress genutzt werden, eine gemeinsame Erklärung der teilnehmenden Organisationen zu Kleinbauern-Rechten zu verabschieden. Diese soll im weiteren Prozess als Menschenrecht von der UN anerkannt werden. Bereits jetzt gibt es eine Deklaration der Kleinbauern-Rechte, die unter der Federführung von La Via Campesina in mehreren internationalen Treffen erarbeitet wurde und Diskussionsgrundlage sein wird. Sie enthält 13 Artikel, in denen zum Beispiel das Recht auf Land, Wasser und Saatgut ausgeführt werden. Zu den Gästen des Kongresses gehören u.a. Klaus Töpfer, ehemaliger Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), Prof. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Präsident des Club of Rome und Nardi Suxo, bolivianische Botschafterin und Vorsitzende des Ausschuss für Bauernrechte des Menschenrechtsrates der UN.

Der Kongress findet vom 7. bis 10. März 2017 in Schwäbisch Hall statt. Die Anmeldung und weitere Informationen gibt es unter: www.global-peasants-rights.com



Foto: Jasper

Die Vielfalt der Landwirtschaft, die es aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) zu erhalten gilt, repräsentierte ihr Bundesvorstand als er sich Ende Januar mit Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) auf dem Hof von AbL-Milchbäuerin Dorothee Lindenkamp im nordrhein-westfälischen Hünxe traf. Neben dem Interesse der Ministerin an den betrieblichen Zusammenhängen der AbL-Bäuerinnen und Bauern im Lindenkamp'schen Kuhstall gab es einen regen Austausch zu aktuellen agrarpolitischen Themen. Man war sich einig, dass die EU-Agrarzahlforderungen in Zukunft dafür eingesetzt werden sollen, die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen durch landwirtschaftliche Betriebe zu honorieren. Der AbL-Vorsitzende Martin Schulz betonte, dass die kleineren und mittleren bäuerlichen Betriebe hier in den Bereichen ökologischer Leistungen etwa für den Wasser-, Boden- und Klimaschutz, Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt sowie der Tierschutz viel zu bieten hätten. Die AbL setzt sich dafür ein, dass Bund und Länder noch vor der Bundestagswahl beschließen, in Deutschland mehr EU-Gelder für spezielle Fördermaßnahmen in den genannten Bereichen einzusetzen sowie gleichzeitig mehr Direktzahlungen für die ersten 46 Hektare je Betrieb umzuschichten. In der Frage der Tierhaltung gab es Zustimmung vom AbL-Bundesvorstand für den Gesetzentwurf der auch für den Bausektor zuständigen Bundesministerin zur stärkeren Reglementierung sehr großer Tierhaltungsanlagen. Die Zukunft der Tierhaltung hänge aus Sicht der AbL auch stark von der gesellschaftlichen Akzeptanz ab. Sie sei besonders in bestimmten Regionen auch durch starkes Wachstum ohne ausreichende Flächenbindung verloren gegangen. Das Gespräch mit der Ministerin beschloss einen gemeinsamen Einblick in den Milchviehbetrieb mit seinen 70 Kühen, Weidegang und Melkroboter. **cs**

Freie Listen eine Stufe höher

Am 2. Februar entscheidet der Beschwerdewahlausschuss

Nun geht es schnell. Am 2. Februar tagt in öffentlicher Sitzung der Beschwerdewahlausschuss im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Er entscheidet über die Beschwerden der zwei Freien Listen, die zur Agrar-Sozialwahl am 31.05.2017 antreten wollen. Die Beschwerden sind notwendig geworden, weil der Wahlausschuss der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) am 5. Januar in Kassel diese beiden Freien Listen zurückgewiesen hat.

In beiden Fällen argumentiert der Ablehnungsbeschluss, dass es sich bei den Freien Listen nicht um freie Listen handle und sie deshalb nicht als freie Listen zugelassen werden könnten. Die Listen seien von der AbL und dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter „maßgeblich bestimmt und getragen“, aber diese hätten nicht die Berechtigung, eine Vorschlagsliste einzureichen. Gleichzeitig führt der Wahlausschuss der SVLFG aus, dass die AbL und der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter eine Vorschlagsberechtigung in der Gruppe der Selbständigen ohne (familien-)fremde Arbeitskräfte gehabt hätten. Aber diese hätten die beiden Organisationen bewusst verfallen lassen, „um sowohl in der Gruppe der Arbeitgeber als auch in der Gruppe der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte Bewerber aufzustellen“. AbL und Bundesverband Deutscher Milchviehhalter versuchten somit, „unter Ausnutzung des Wahlverfahrens in beiden Gruppen vertreten zu sein und zukünftig in beiden Gruppen Einfluss ausüben zu können. (...) Das verstößt gegen den Wahlrechtsgrundsatz der Gleichheit der Wahl“, schreibt der Wahlausschuss.

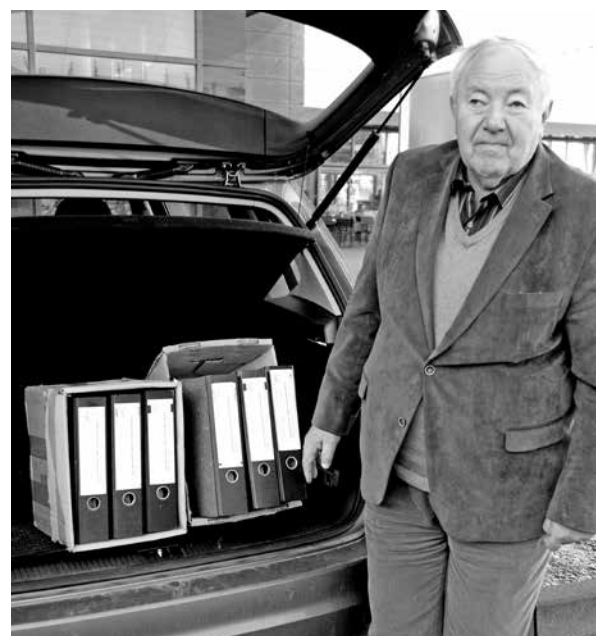
In ihren Beschwerden haben die Listenvertreter der beiden Freien Listen jeweils ausführlich beschrieben, wie stark und eng verbunden die Landesbauernverbände des Deutschen Bauernverbands (DBV) mit den Arbeitgeberverbänden der Land- und Forstwirtschaft sind. Die Landesbauernverbände haben insgesamt sechs Vorschlagslisten für die Gruppe der Selbständigen ohne (familien-)fremde Arbeitskräfte (SofA) für das gleiche, bundesweite Wahlgebiet eingereicht. Und die Arbeitgeberverbände haben eine Liste für die Gruppe der Arbeitgeber eingereicht. Zum Teil sind die Arbeitgeberverbände direkt Mitglied im DBV-Landesver-

band, zum Teil ist es andersherum. Die Kreisverbände des DBV-Landesverbands in Westfalen-Lippe (WLV) bestimmen z.B. die Delegierten des dortigen Arbeitgeberverbandes. Der Listenvertreter der zugelassenen Arbeitgeber-Liste ist Mitarbeiter des DBV in Berlin, und so weiter und so fort.

So fällt auch der zweite Ablehnungsgrund gegen die Zulassung der Freien Liste Mann, Hirsch, Koch, Bunsen, von Woellwarth auf die SVLFG und ihren Wahlausschuss zurück. Der Vorwurf lautet, diese Freie Liste für die Arbeitgebergruppe verstoße gegen den Grundsatz der Gegenerfreiheit, weil ein Kandidat im Vorstand eines Verbandes sei, der eine Liste für die Sofa-Gruppe eingereicht habe. Die Beschwerde listet für alle Mitglieder des SVLFG-Wahlausschusses der Sofa- und Arbeitgebergruppen auf, dass sie Funktionen sowohl in einem DBV-Landesverband als auch in einem Arbeitgeberverband haben oder eng mit Funktionsträgern verbunden sind. Keiner von ihnen ist so gesehen „gegnerfrei“.

Bei der Freien Liste Mann, Hirsch u.a. stützt der SVLFG-Wahlausschuss seine Ablehnung auch darauf, dass nicht das von ihm festgesetzte Quorum von 1.000 Unterstützer-Unterschriften erreicht worden ist. Er zählte 888 gültige Unterschriften. In der Beschwerde gegen die Ablehnung wird nochmals dargelegt, dass der Wahlausschuss bei der Festlegung des Quorums unzulässig Saisonarbeitskräfte mitgezählt hat. Das nächst niedrigere Quorum im Gesetz ist 500; das hat die Liste klar überschritten.

Ulrich Jasper, Listenvertreter



Heinrich Eickmeyer und seine Mitstreiter haben für ihre Freie Liste Eickmeyer u.a. über 2.000 Unterschriften gesammelt und eingereicht. Doch der SVLFG-Wahlausschuss sagte „Niet“. Foto: Jasper

Betriebsspiegel:

33 ha Land, 23 ha Grünland,
10 ha Wald
12 Mutterkühe mit Kälbern
Schafe, Hühner, Enten
2 Ferienwohnungen

Mann, ist dieses Land riesig“ war mein erster Gedanke, als ich auf der Landkarte die winzige Strecke betrachtete, die wir in Brasilien bereisen wollten. Thema unserer zweiwöchigen Studienfahrt, die von „Mission eine Welt“ und dem Institut für Kirche und Gesellschaft der evangelischen Kirche von Westfalen organisiert wurde, war „Die Landwirtschaft in Brasilien zwischen Bioanbau und Gentechnologie“. Dazu gestoßen war ich durch eine Freundin, die interessierte Bauern als Teilnehmer suchte, damit ein Praxisbezug und -austausch hergestellt war.

Ende Oktober startete unsere 24-köpfige Gruppe, darunter drei Brasilianer, die Dolmetschen würden. Ziel war der Bundesstaat Paraná in Südbrasilien, der stark landwirtschaftlich geprägt ist. Neben dem riesigen Itaipu-Staudamm und den wunderschönen Wasserfällen von Iguazu als Sehenswürdigkeiten besuchten wir eine breite Palette von landwirtschaftlichen Betrieben und Organisationen, Landlosensiedlungen, einen Sojahändler und eine Saatgutbank. Zwei Tage lebten wir außerdem einzeln oder zu zweit direkt bei Bauernfamilien. Es war schön, mit welcher Herzlichkeit und Offenheit wir überall empfangen und mit Informationen versorgt wurden.

Im Folgenden nur ein ganz kleiner Bruchteil an Erfahrungen: Dass Brasilien der größte Verbraucher von

„Pflanzenschutzmitteln“ ist, wusste ich bereits. Dass aber 24 dieser Mittel in der EU und den USA verboten sind, macht nachdenklich. Und als ein Sojabaauer, der seit zehn Jahren gentechnisch veränderte Pflanzen anbaut, über steigende Resistenzen und immens gestiegenen Fungizideinsatz (früher einmal pro Ernte, jetzt alle zehn Tage) klagte, fragte ich mich insgeheim, wie es in 100 Jahren aussehen soll.

Während Großgrundbesitzer (oft auch ausländische Konzerne) vor allem für den Export anbauen, sorgen die bäuerlichen Betriebe für die Ernährung der Bevölkerung. Immens wichtig für die Betriebe und nachahmenswert (da könnte sich die EU mal ein Beispiel nehmen!) finde ich die verschiedenen Ernährungsprogramme (z. B. muss die Schulspeisung zu mindestens 30 Prozent

von regionalen bäuerlichen Betrieben kommen). Leider lässt die derzeitige Regierung Brasiliens, deren Landwirtschaftsminister der weltgrößte Sojaproduzent ist, nichts Gutes erwarten. Als erste Amtshandlung wurde das Ministerium für ländliche Entwicklung gestrichen und sowohl die Ernährungsprogramme als auch die Gelder für ländliche Bildungseinrichtungen und für das Gesundheitswesen sollen gekürzt werden. Eine der ländlichen Universitäten wurde kurz vor unserem Besuch von der Polizei gestürmt und die Professoren bedroht. Ebenso kam es zu Gewalttaten gegen Einwohner einer Landlosensiedlung, die wir ebenfalls besuchten und die eng mit der Universität zusammenarbeitet. Ein abendliches Gespräch mit dem brasilianischen Sozialwissenschaftler und Agrarexperten Professor Antonio Andrioli, der sich für den Aufbau der Landuniversitäten einsetzt und für seine Gentechnikkritik bekannt ist, machte mir den aktuellen massiven Druck auf soziale und agrarstrukturell bedeutende Errungenschaften deutlich.

Nun aber wieder heraus aus den Problemen, denn Brasilien hat auch seine schönen Seiten: vor allem herzliche, mutige und tatkräftige Menschen, die stolz auf ihre Arbeit und ihre Produkte sind und zusammenhalten, um stärker zu sein, sowie Bauern-, Kirchen- und Entwicklungshilfeorganisationen, die hervorragende Arbeit leisten. Außerdem: Es gibt zwar Moskitos – und davon sehr viele –, aber keine Schnecken!

Doris Peitinger, Böbing

Brasilienreise

Zwischen Ökologie und Gentechnik“ – so war eine Info- und Begegnungsreise im südbrasilianischen Bundesstaat Paraná ausgeschrieben. Als einer der Teilnehmer schildere ich hier ein paar von sehr vielen Eindrücken. Mein übergreifender, beängstigender Gesamteindruck ist geprägt vom Kurs der Mitte-Rechts-Regierung, die an die Macht gekommen ist nach dem Amtsenthebungsverfahren gegen die vorherige Präsidentin – örtlich auch als kalter Putsch bezeichnet. Der größte Teil des unter den Präsidenten Lula da Silva und Dilma Rousseff entwickelten Reformprogramms ist ausgesetzt bzw. abgeschafft worden. Die meisten der von uns besuchten Kleinbauern- und Landlosenvereinigungen sehen mit großen Sorgen in die Zukunft.

Was mich daneben – vor allem auch als Ökolandbauer – besonders beschäftigt, bezieht sich auf die Landnutzung in diesem Bundesstaat. Dabei konnte ich meine Vorstellung von endlosen, ebenen, ausgeräumten Soja-Landschaften begraben und anstelle dieser Bilder vom Bus aus fast ausnahmslos eine sehr stark gewellte bis buckelige Landschaftstopographie kennenlernen, unförmig durchzogen von Bachläufen, Mulden, Taleinschnitten mit umgebendem Sekundärwald. Jedes kleine Feldstück, welches an irgendeiner Stelle an ein größeres angeschlossen werden konnte, wird mitgenutzt – und das bedeutet, entsprechend der Jahreszeit: mit Soja bebaut. Soja dominiert die Landschaft, die Landwirtschaft und demzufolge die Diskussion. 60 Prozent der 100 Mio. Tonnen jährlich geernteter Soja werden exportiert, der Rest inlän-



Zwischen Ökologie und Gentechnik

disch verbraucht. Wie begegnen die Sojabaauern der Erosion? Die Abschwemmgefahr ist unter der gegebenen Topographie und angesichts von 1.200 Litern Wasser pro Quadratmeter und Monat ungeheuer hoch. Aus diesem Grund ist die konsequente Direktsaat in einen komplett erhaltenen Stroh- und Stoppelteppich die Standardmethode. Ständiger Begleiter ist dabei jedoch Glyphosat. Und eben gentechnisch veränderte Soja, die gegen den Wirkstoff resistent ist. Darüber hinaus sind beinahe alle erosionsgefährdeten Felder systematisch quer zur Abflussrichtung mit Erosionsschutzdämmen modelliert.

Sehr nachdenklich stimmen die Angaben zur Anwendung von Agrarchemie. Neben dreimaliger Herbizidspritzung ist mittlerweile eine zehnmahlige Behandlung gegen den Pilz „*Ferrugem asiatica*“ notwendig geworden. Statistisch werden in Brasilien sieben Kilo-

gramm Pestizide pro Hektar Ackerland ausgebracht (in Deutschland ca. 2,7). So wird nachvollziehbar, dass das Brunnenwasser der Kleinbauern- und Landlosensiedlungen zunehmend mit Agrarchemikalien belastet ist. In den Gemeindeteilen der Stadt Verê mussten bereits 30 Prozent der Brunnen geschlossen werden. Neben dieser Bedrohung haben die Bauernfamilien, welche auf ein bis zwei Hektar ökologischen Obst- und Gemüseanbau betreiben, auch noch gegen die Kontamination infolge von Pestizidverfrachtung durch den Wind zu kämpfen. Und so müsste der Titel unserer Reise eher lauten: „Südbrasilien zwischen Agrarökologie und Vergiftung“. Dabei ist in weiten Teilen sowohl der Politik und Wissenschaft als auch der städtischen Bevölkerung keine besondere Sensibilität bezüglich dieses Kreislaufes der Agrargifte zu erkennen gewesen. Wie selbst-

verständlich sind angestellte Landarbeiter ohne Kabine und Schutzkleidung mit der Pestizidspritze unterwegs und pusten verstopfte Düsen mit dem Mund aus. Und die befragten UniversitätsmitarbeiterInnen zucken mit den Schultern auf die Frage, ob es Statistiken zur Erkrankungsrate von Landarbeitern gibt. Es ist noch viel zu tun für eine weltweite bäuerliche Landwirtschaft auf Grundlage agrarökologischer Verfahren – auch bei uns.

Stephan Kreppold, Wilpersberg

Betriebsspiegel:

78 ha Ackerland, 22 ha Grünland
Weizen, Roggen, Dinkel, Hafer, Klee-
gras, Körnermais, Zuckerrüben
Gemüse, z. B. Rote Beete, Möhren
30 Deutsch-Angus-Mutterkühe
Hofladen
Demonstrationsbetrieb ökologischer
Landbau

„Bauern zurückholen in die Mitte der Gesellschaft“

Niedersachsens Ex-Landwirtschaftsminister Gert Lindemann zum notwendigen Umbau der Tierhaltung

Unabhängige Bauernstimme: Sie sind als ehemaliger Landwirtschaftsminister in Niedersachsen in Ihrer Amtszeit der Erste gewesen, der mit einem Landestierschutzplan eine Agenda zu Änderungen in der Nutztierhaltung aufgelegt hat. Als Vorsitzender des Kompetenzkreises Tierwohl haben Sie Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) zugearbeitet, nun mit Ihrem grünen niedersächsischen Amtsnachfolger Christian Meyer und einem weiteren ehemaligen Amtskollegen, Uwe Bartels (SPD), die Notwendigkeit einer nationalen Nutztierstrategie angemahnt. Was sind aus Ihrer Sicht konkrete Ziele, die dort verankert sein müssen?

Gert Lindemann: Der vom Bundeslandwirtschaftsministerium etablierte Kompetenzkreis Tierwohl, der im vergangenen Jahr seinen Abschlussbericht vorgelegt hat, hat darin eine nationale

Nutztierstrategie als Dach aller vorgesehenen fachlichen Maßnahmen und Programme als notwendig angesehen. Denn die Nutztierhaltung in Deutschland wird nur eine Zukunft haben, wenn es gelingt, einen Ausgleich zwischen gesellschaftlichen Vorstellungen und bäuerlichen Interessen hinzubekommen. Als wesentliche Zukunftsaspekte sind zu beleuchten: Was passiert im Stall des Bauern? Haltung, Sachkunde, aber auch die Tierzucht muss sich ändern, weg von der reinen Höchstleistung hin zu einer längeren Nutzungsdauer der Tiere beispielsweise. Der zentrale Punkt ist die Frage, wer den Mehraufwand bezahlt und zwar im vollen Umfang der tierschutzbedingten Mehrkosten über einen Zeitraum von Jahren, bis wir in der EU einheitliche, für alle verbindliche Vorgaben haben.

Der Wissenschaftliche Beirat spricht in seinem Gutachten von drei bis fünf Milliarden Euro im Jahr. Wo kommt das Geld her, um so einen weitreichenden Umbau der Tierhaltung zu finanzieren?

Das wird nicht von einer Gruppe, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus mehreren Quellen zu finanzieren sein. Zum einen sind das sicher die Agrarinvestitionsförderprogramme aus der Gemeinschaftsausgabe, daraus kann man Stallum- und -neubauten finanzieren. Dann kann man als weitere Quelle eine geringe Umschichtung von Mitteln aus der ersten in die zweite Säule der EU-Agrarpolitik vornehmen. Ich bin da sehr skeptisch und halte nichts von einer größeren Umschichtung, schließlich bedeutet das, dass wir zigtausenden Bauern einen Teil der Direktzahlungen wegnehmen, um sie ihnen auf der anderen Seite wieder zu geben und zu sagen: „Guckt mal, wie toll wir euch hier fördern.“

Für interessanter halte ich, und das haben wir der Bundesregierung zur Prüfung mitgegeben, eine Abgabe auf Fleischprodukte ähnlich wie die EEG-Umlage einzuführen. Dann hätte man die Kosten zwar im Wesentlichen beim Verbraucher, aber es hätte eben auch den Vorteil, dass alle, also auch ausländische Mitbewerber beteiligt würden. Es würde der Tatsache Rechnung getragen, dass wir in einen internationalen Wettbewerb eingebunden sind. Wir hatten im Kompetenzkreis Tierwohl auch die Option einer Verringerung der Subventionierung des Fleischabsatzes durch eine Anpassung des Mehrwertsteuersatzes diskutiert. Bei solchen generellen Abgaben oder Steuern, muss man nur aufpassen, dass die nicht im Bundeshaushalt verschwinden, sondern dann auch tatsächlich dem Umbau der Tierhaltung zur Verfügung gestellt werden.

Vor dem Hintergrund der vielen Diskussionen und Initiativen derzeit, Brancheninitiative, Label – wie geht es weiter?

Ein staatliches Label, wie wir es auch im Kompetenzkreis Tierwohl vorgeschlagen haben, wird immer freiwillig, weil oberhalb der ohnehin für jeden verbindlichen gesetzlichen Regelungen, sein und muss konkret Bedingungen beschreiben, die erfüllt sein müssen, und deren Einhaltung kontrollieren, sonst ist es wertlos. Ich halte so ein La-

bel für richtig. Ob die Wirtschaft ihre Initiative weiter verfolgt, muss sie selbst entscheiden. Das hängt ja auch davon ab, inwieweit dort die Bereitschaft besteht, sich weiter an den Kosten zu beteiligen.

Wie kann der Umbau der Tierhaltung gelingen, ohne dass es zu einem Strukturbruch in der Landwirtschaft kommt?

Ich glaube, es ist wichtig, die notwendigen Verbesserungen mit einem konkreten Zeithorizont zu versehen. Für die Bauern ist das wichtig, damit sie sich darauf einstellen können, und mit der öffentlichen Erwartung wird ebenfalls klar umgegangen. Und das Zweite ist die Geldfrage. Es geht nicht ohne Hilfe für bäuerliche Betriebe. Alle Beteiligten müssen mitarbeiten, Bauern, Wissenschaft, Politik, Interessensgruppen, und konkret beschreiben, was nötig ist, und dann muss das Geld auch zur Verfügung stehen. Bei den Investitionsfördermaßnahmen kann man auch darüber nachdenken, Prosperitätsgrenzen einzuziehen, mit denen Mitnahmeeffekte verhindert werden.

Haben Sie, der Sie als einer der Ersten Veränderungen in der Tierhaltung in einen konkreten Plan gegossen haben, damit gerechnet, dass die Diskussion diese Dynamik entwickelt?

Offen gestanden: Es hat mich schon überrascht. Als ich 2011 auf der Landespressekonferenz den niedersächsischen Tierschutzplan vorgestellt habe, da haben viele angesichts der weitreichenden Forderungen gedacht: „Na, der Lindemann haut da jetzt aber ganz schön auf die Sahne, das ist die typische politische Übertreibung.“ Aber ich hielt und halte den Umbau für notwendig. Inzwischen gibt es Tierschutzpläne in vielen Bundesländern. Die müssen nun zusammengeführt werden zu einer nationalen Strategie. Dabei ist die Mitarbeit aller wichtig, damit die Bauern am Ende sagen können: „Wir leben damit und wir überstehen den Umbau, ohne dass wir in wirtschaftliche Nöte geraten.“ Und die Verbraucher müssen sehen, dass sie einbezogen werden, damit sie am Ende die Tierhaltung wieder akzeptieren. Wir brauchen wieder Akzeptanz bei Bauern und Verbrauchern. Wir müssen die Bauern wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückholen.

Vielen Dank für das Gespräch! cs



Gert Lindemann, Minister a. D. (li.) mit Konzept

Foto: BMEL

Niedersachsen weiter als Berlin

Ein ungewöhnliches Bündnis aus dem aktuellen niedersächsischen grünen Landwirtschaftsminister Christian Meyer und seinen zwei Amtsvorgängern Gert Lindemann (CDU) und Uwe Bartels (SPD) fordert von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) eine nationale Nutztierstrategie von Bund und Ländern. Einen entsprechenden Antrag habe Niedersachsen gemeinsam mit Bremen in den Bundesrat eingebracht, erklärte Meyer anlässlich einer Pressekonferenz der drei Norddeutschen. Er trage den Titel „Tierwohl – zügige Umsetzung von Konzepten für eine zukunftsfähige Nutztierhaltung“ und könne im Februar oder März im Bundesrat beschlossen werden. Dann wiederum sollte die Bundesregierung den Beschluss zeitnah umsetzen. Meyer, Amtsvorgänger Bartels', erklärte, Grundlage für die Nutztierstrategie sollten das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ sowie die Empfehlungen des vom BMEL installierten Kompetenzkreises Tierwohl sein. Bartels versicherte, Bauern wie auch die Verarbeiter stünden in Niedersachsen hinter einer Nutztierstrategie für mehr Tierwohl als Chance für den gesamten Sektor. Auch der Unionspolitiker Lindemann wünscht sich mehr als das, was der Bundesminister der Schwesterpartei bislang in Sachen Tierwohl unternehme. Christian Meyer wies darauf hin, dass Baurecht, Düngegesetzgebung und TA-Luft darauf hin geprüft werden müssten, ob sie Genehmigungsbehinderungen für tierwohlfreundliche Außenklimaställe darstellten. Gleichzeitig, das machte der AbL-Landesverband Niedersachsen in einer Presseerklärung deutlich, dürfe es keine immissionsrechtlichen Sondergenehmigungen für agrarindustrielle Betriebserweiterungen geben, nur weil diese Tierwohlansprüche erfüllen.

Wettbewerb der Agrarsysteme

Bio oder konventionell: Ist das wirklich die Frage?

Tierschutz, Pestizide, Nitrat im Grundwasser. Das Modell der konventionellen, industrialisierten Landwirtschaft steht in der Kritik wie selten zuvor. Inzwischen sind nach vielen externen Beobachtern auch Vertreter des Deutschen Bauernverbands zu einem kritischen Blick auf das eigene Handeln gekommen. Im Papier des Westfälisch-Lippischen Bauernverbands werden Fehler eingeräumt und von einer Nachhaltigkeitsstrategie gesprochen, die es anzustreben gelte.

Nach vielen Jahren einer aktiven Bewegung, die immer zu Beginn der Grünen Woche in Berlin zur Demonstration „Wir haben es satt“ aufruft, ein breites Bündnis von Bäuerinnen und Bauern, Verbraucherinnen und Verbrauchern, getragen von Verbänden des Natur- und Umweltschutzes, der Entwicklungshilfe usw., scheint ein Prozess in Gang gekommen zu sein: ein Prozess, der eine Umgestaltung, einen Umbau der Landwirtschaft in Deutschland zum Ziel hat. Begleitet wird dies gerade in diesem Frühjahr anlässlich der Grünen Woche durch zahlreiche Studien unterschiedlicher Institutionen, Verbände und Organisationen, die ihre Kritik an der bisherigen und ihre Forderungen an eine zukünftige Agrarpolitik zum Ausdruck bringen wollen.

Bio 3.0

Schon seit mehreren Jahren diskutieren führende Wissenschaftler und Verbände der Biobranche über die Zukunft der Landwirtschaft. Bio soll raus aus der Nische und sich als System dem Wettbewerb mit einer konventionellen Landwirtschaft stellen. „Die Triebfeder der Akteure des Biolandbaus bleibt aber der Umbau der Land- und Lebensmittelwirtschaft zu einem System, welches langfristig die natürlichen Lebensgrundlagen sichert und verbessert – und nicht verbraucht“, schreiben die Autoren in ihrem Papier Bio 3.0. Gleichzeitig aber stellen sie auch die Unabhängigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe heraus: „Täglich legen sich Betriebe durch Investitionsentscheidungen für ein bestimmtes Produktionssystem fest.“ Die Menschen, die diese Betriebe leiten und auf ihnen arbeiten, entscheiden sich für oder gegen eine Wirtschaftsweise. Ob konventionell oder ökologisch, intensiv oder extensiv, vielfältig oder hochspezialisiert, alles nur Ansätze, um die Vielfalt der Betriebe zu beschreiben. Ökolo-

gischer Landbau ist dabei mehr als nur ein Verzicht auf Mineraldünger und chemischen Pflanzenschutz. Hinter Bio stand und steht auch heute noch bei den allermeisten Betrieben, unabhängig von der Verbandszugehörigkeit, eine tiefe innere Überzeugung, ökonomisch, sozial, kulturell und ökologisch nachhaltig wirtschaften zu wollen.

Es muss sich ändern

Im Kursbuch Agrarwende 2050 formuliert Greenpeace eine Vision von einer zukünftigen Landwirtschaft. Diese wird, so die Annahme, getragen von 70 Prozent einer „ökologisierten“ Landwirtschaft und 30 Prozent Biolandbau. Die Annahme ist nicht 100 Prozent Bio, weil dies den Autoren, trotz dessen grundsätzlicher Vorzüglichkeit als nachhaltigster Bewirtschaftungsform als Ziel innerhalb der kommenden 23 Jahre unrealistisch erscheint. Der prozentuale Anteil von Bio ist aber vor dem Hintergrund der Zielvorgabe, die Ressourcen, Wasser, Boden, Biodiversität, usw. zu schützen, nachrangig. Ganz anders sieht dies Felix zu Löwenstein auf dem Empfang des Bundesverbands Ökologischer Landbau anlässlich der Grünen Woche in Berlin, wenn er vom Ökolandbau als Problemlösung spricht: „Wer Wasser, Klima und Boden schützen will, der kann“, und gemeint sind die Politiker in Berlin und den Bundesländern, „den Ökolandbau in den Titel der Koalitionsvereinbarungen schreiben“.

Agrarökologie versus ökologisch

Die Vertreter der Bioverbände betonen immer wieder, auch in ihrem Papier Bio 3.0, das Ziel, den Ökolandbau aus seiner Nische führen zu wollen. Ganz konkret stellen sie die Systemfrage, wenn sie von einem „Wettbewerb der Agrarsysteme“ sprechen und analysieren, weshalb dieser „bisher nicht eindeutig für den Ökolandbau entschieden“ wurde. Diese Formulierung impliziert, dass es eine finale Entscheidung geben müsse. Neben einer auch von einer Mehrheit der Gesellschaft abgelehnten industriellen Tierhaltung und Landbewirtschaftung wird damit aber auch eine agrarökologische Wirtschaftsweise ausgeschlossen.

Neben nicht ausreichenden Preisen machen die Autoren vor allem eine „langsame Innovation im Biolandbau“ als Wachstumsbremse aus. Seien Betriebe unterschiedlich gut entwickelt



und es bestünden „große Forschungs- und Beratungslücken. Sowohl im Pflanzenbau als auch in der Tierhaltung ist der Ertragsunterschied zwischen ökologischer und konventioneller Produktion in den letzten 20 Jahren größer geworden, was betriebswirtschaftlich nicht bei allen Produkten durch Mehrpreise und durch die Bioprämie kompensiert wird.“

Der nachhaltige Eindruck entsteht, und der wird auch durch aktuelle Aussagen beim BÖLW-Empfang in Berlin bestärkt, es gehe vor allem um Produktionssteigerung. Zum einen, was die Gesamtfläche angeht, auf der ökologisch produziert wird, aber auch um eine Steigerung der Menge pro Hektar. Dem steht prinzipiell nichts entgegen und man darf getrost davon ausgehen, dass die Bäuerinnen und Bauern sehr sorgfältig analysieren, welche Möglichkeiten ihnen diesbezüglich zur Verfügung stehen. Es geht vielen Biobäuerinnen und Bauern aber eben um viel mehr. Einen Wettbewerb der Bewirtschaftungssysteme vor dem Hintergrund eines so prominent formulierten Bewertungskriteriums Ertrag auszurufen, wird dem Ökolandbau nicht gerecht.

Freisinger Kreis

Einen ganz anderen, eher ganzheitlichen und weniger kämpferischen Ansatz verfolgt der Freisinger Kreis. Eine Gruppe von Menschen „aus biobäuerlichen Kreisen“, die sich nach dem Ort

ihres Treffen in Freising bei München benannten. Sie beschreiben Landwirtschaft als Teil der Natur mit einer Verantwortung gegenüber der Umwelt und lassen damit bewusst auch Raum für agrarökologisch wirtschaftende konventionelle Betriebe. Es geht nicht um den Ausbau einer „globalisierten Konkurrenzökonomie“, so die Autoren. Auch sei eine immer weiter voranschreitende Rationalisierung und Technisierung nicht der richtige Weg, um die Ernährungssouveränität, die Agrarökologie und die Unabhängigkeit der Bauern zu ermöglichen. Entgegen den Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte fordern die Unterzeichner: „Das Land braucht mehr Bäuerinnen und Bauern.“ Gleichzeitig aber auch mehr Handwerker, Verarbeiter und Händler. Es geht also um den Erhalt sowie den Wiederaufbau von regionalen Strukturen, kulturellem Leben, Wirtschaftsstrukturen und die Schaffung von Arbeitsplätzen rund um die Landwirtschaft und die Lebensmittelerzeugung in ländlichen Regionen.

Mensch und Tier

Das Tier wird nicht als Produktionsfaktor, sondern als Mitgeschöpf betrachtet, dessen natürliche Bedürfnisse es zu respektieren und zu befriedigen gilt. Tiere werden als ein wichtiges Glied im Betriebs- und Nährstoffkreislauf gesehen.

Fortsetzung auf Seite 13

Spitzer Bleistift in grün

Der Ökolandbau in konventionellen Zwängen

Wachstum und Größe sind überall. Es ist die Zeit der Resümees hinsichtlich des vergangenen Jahres und diesmal wuchs nicht nur der Bioverbrauchermarkt, sondern auch der Ökolandbau in Deutschland hinsichtlich Betrieben und Fläche. Positive Signale nach Jahren verhaltenen Wachstums, fast Stagnation zu Beginn der Dekade und mühsamer Erholung auf niedrigerem Niveau danach. Mit 6 % ökologisch bewirtschafteter Fläche in Deutschland scheinen die 20 %, die Renate Künast als Landwirtschaftsministerin vor 15 Jahren wollte, heute noch genauso fern wie damals. Allerdings boomte seit der Zeit Bio beim Endkunden, zweistellige Wachstumsraten waren keine Seltenheit, alle großen konventionellen Player des Lebensmittelhandels stiegen ein, Biosupermarktketten entwickelten sich, der klassische Naturkosthandel geriet zunehmend unter Druck. Es ist eine Frage des Preises, die Entwicklungen im Handel wie auch die auf dem Acker. Aber nicht, weil die Preise für ökologisch erzeugte Produkte letztes Jahr gestiegen sind verzeichnen die Ökoanbauverbände „Rekordzuwächse“ (Bioland). Es sind die katastrophal abgesackten konventionellen Preise, die besonders im Milch- und Schweinebereich landwirtschaftliche Betriebe, wenn sie nicht aufgeben, auf die Suche nach besseren Vermarktungsmöglichkeiten für ihre Produkte gehen lassen. Und da sind die im Ökolandbau, wenn auch nicht mehr auf ganz hohem Niveau, so doch derzeit einigermaßen stabilen Preise ein wichtiger Anreiz.

Konventionalisierung

Aber längst hat auch im Ökolandbau das Diktat des spitzen Bleistifts Fruchtfolgen verschlankt, Ställe vergrößert, Stückkosten optimiert. Schon seit einigen Jahren bestimmt Aldi die Preise für Ökokartoffeln. Seit neuestem bestimmt der konventionelle Lebensmittelhandel im Bundesverband ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) mit. Über all diese Entwicklungen hat es immer mal wieder Diskussionen gegeben, Änderungen an der Konventionalisierung des Ökolandbaus und des Marktes kaum. Oft standen sie innerhalb des Bioland-Verbandes als dem größten Anbauverband mit vielen „Überzeugungstätern“ auf der Tagesordnung von Mitgliederversammlungen. Aktuelles Beispiel ist die Verbandsaufnahme eines thüringischen Betriebs an der

tschechischen Grenze mit 4.000 ha Land und 1.200 Milchkühen. Der Betrieb wurde gekauft vom größten deutschen Naturkostgroßhändler und Biosupermarktbetreiber, dem dennree-Inhaber Thomas Greim. Einem Öko der ersten Stunde, der vor vierzig Jahren als junger Mann Milchprodukte von Demeter-Betrieben an städtische Umweltbewegte vermarktet hat. Greim will die ehemalige landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft zu einem Bioverbandsbetrieb nach strengsten Standards machen. Bioland diskutierte, ob man den Aufnahmeantrag des Betriebs nur ob der schieren Größe ablehnen könne und entschied sich dagegen. Zum Teil ist die Basis wütend, entrüstet, aber auch unsicher und hilflos. Der Pragmatismus der Funktionäre: Wenn wir ihn nicht nehmen, nimmt ihn ein anderer, spiegelt die Sorge davor wieder, als Verband, als Interessenvertretung in der Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Gutes Geld?

Ein Agrarindustrieller wie Heinrich Tiemann, der Hühnerbaron aus dem Süddoldenburgischen, der Bioeier als Mitnahmegeschäft macht und ein Unternehmen als undurchschaubares Geflecht mit ungezählten potentiellen Richtlinienschlupflöchern und Stolperfallen dastehen hat, mischt nur den Markt auf. Ein Ökoakteur wie Thomas Greim, der um Transparenz und Zusammenarbeit bemüht ist, mischt auch den Markt, aber mindestens ebenso sehr die Gemüter auf. Eigentlich ist auch er ein außerlandwirtschaftlicher Investor, der mit Geld – ironischerweise durch Biohandel, 2015 820 Mio. Umsatz – Investitionen in Landwirtschaft tätigen kann, die Bauern heutzutage oft unmöglich sind. In diesem Fall sind es Investitionen, die im besten Fall Boden, Tiere und Menschen in der Region schützen und ihnen nützen. Im schlechtesten Fall sind es Investitionen, die 100 Betrieben mit 120 Kühen oder 200 Betrieben mit 60 Kühen den Zugang zum Verbandswaren-Biomilchmarkt erschweren oder verhindern, wenn die erwarteten Verkaufssteigerungen nicht wie prognostiziert in den nächsten Jahren eintreten. Oder die Investitionen, die Rohwarenpreise für Ackerfrüchte weiter drücken, nicht weil es in Deutschland beispielsweise ein Überangebot an Biogetreide gäbe, sondern weil Bioverarbeiter oder vielmehr noch konventionelle Verarbeiter



Bauern, führt die Debatten!

Foto: Möhrle

mit Bioschiene auch bei Verbandsware eben dann doch oft die große, einheitliche und vor allem billigere Partie aus Osteuropa als Standard veranschlagen. Kurz vor der tschechischen Grenze ist ein Großbetrieb Diskussionsthema. Aber was ist mit immer wieder auftauchenden Geschichten darüber, dass deutsche Biovermarkter hinter den Grenzen, in Rumänien, im Baltikum, Betriebe mit dem Versprechen unkomplizierter Zertifizierung und garantierten Absatzes auf dem deutschen Biomarkt für eine Umstellung gewinnen? Oder den vertraglichen Abnahmeangeboten von Verarbeitern an Bauern für Getreide, aber nur oberhalb einer gewissen Hektargrenze? Den Staffelpreisen innerhalb von Erzeugergemeinschaften und Verbänden, die Kostendegression durch größenbedingte Rationalisierungseffekte noch belohnen, statt sie gegenüber kleineren Mitgliedern auszugleichen?

Geht was?

Alle Entwicklungen passierten auch so, weil das existierende Wirtschaftssystem nicht angezweifelt werde, sagt Christian Schüler, lange Jahre Mitarbeiter am Lehrstuhl für ökologische Landwirtschaft an der Universität Kassel in Witzenhausen. Die Intensität der Produktion, 10.000 Liter-Kühe – Bauern und Bäuerinnen könnten und sollten durchaus diskutieren, wie weit sich der

Ökolandbau von den einstigen Idealen entfernt habe. Haben müsse, weil er sich nicht aus den Klauen eines auf wirtschaftlicher Leistung basierenden Systems befreien konnte oder wollte. Fragen nach dem Stellenwert von Regionalität und Transparenz, wie der Verbraucher sie einfordert, sind zu beantworten. Größe ist auch im Ökolandbau ein Thema für Verbraucher und sie ist es nicht zu Unrecht. Mit dem Wachstum der Betriebe gehen aus ökonomischen Gründen größere Schläge einher. Größere Schlaggrößen verringern agrarökologische Randeffekte, größere Maschinen führen zu höheren Bodenbelastungen. Hühnerfreilandhaltung sorgt in Stallnähe für erhebliche N-Belastungen, Weidegang für Kühe ist ab einer bestimmten Herdengröße nicht mehr zu realisieren. All das spricht für kleinere Einheiten neben dem Argument des Erhalts vieler bäuerlicher Existenzen im ländlichen Raum. Niedrige Produktpreise und hohe Bodenpreise sprechen für große Einheiten, wenige Arbeitskräfte, wenige Bauern und Bäuerinnen – Bio wie konventionell. Dagegen wirken können politische Maßnahmen, EU-Geld für erste Hektare, ökologische Leistungen. Dagegen wirken kann auch eine Debatte unter Bio-Bauern und -Bäuerinnen, wie sie weitermachen wollen. Man muss sie allerdings führen wollen.

Fortsetzung von Seite 11

Den Nährstoffkreislauf zu optimieren bedeutet, so die Autoren, auch für den Ackerbau, „mehr gärtnerisch und vielleicht sogar waldgärtnerisch zu denken“. Die Sonnenenergie ist die zentrale Energiequelle der Landwirtschaft. Sie steht im Mittelpunkt allen Wachstums. So soll auch eine auf Erdöl basierte Wirtschaftsweise von einer durch regenerative Energien getragenen ersetzt werden.

Keine Gentechnik

Kurz, aber deutlich der Abschnitt zum Verständnis der Lebensmittelqualität. Abgelehnt wird die reduzierte Betrachtung ausschließlich von Inhaltsstoffen. Nahrungsmittel sind mehr als Zucker und Kohlehydrate. „Lebensmittelqualität schließt die Herkunft und Vorgesichte unserer Lebensmittel mit ein.“ Eingriffe wie die Genmanipulation werden abgelehnt.

Verantwortung

„Wie kann es sein“, so die Autoren, „dass unsere Wirtschaftsweise zur Vertreibung von Bäuerinnen und Bauern in den Ländern des Südens führt, damit auf ihren Feldern Futterpflanzen für die hiesige Tierhaltung angebaut werden können.“ Hier gelte es, sich auf eine internationale Solidarität zu besinnen und nicht Profite zu Lasten von Menschen in anderen Ländern und Kontinenten der Welt zu machen. In diesem Zusammenhang wird der Markt als ein „im Prinzip sehr wichtiger Partner der Bäuerinnen und Bauern“ gesehen. Allerdings müsse dazu das oftmals ungerechte und schäd-

liche Machtgefälle zwischen den handelnden Akteuren, zu Lasten der Bauern, aufgehoben werden. Natürlich stehen sich diese beiden Papiere nicht kontrovers gegenüber. Viele der Positionen des Freisinger Kreises sind Grundwerte des ökologischen Landbaus. Und doch gilt es aktuelle Herausforderungen, neue Marktpotentiale, Wachstumsbestrebungen und Produktionsmethoden an dem eigenen Wertesystem zu überprüfen.

Wachstumsökonomie

Muss Bio sich einem im konventionellen Landbau so ruinösen „Immer mehr Ertrag bei weniger Kosten“ stellen? Steht nicht zu befürchten, dass die aktuell gute Erlössituation der Biobetriebe bei einem deutlichen Wachstum wie im konventionellen Bereich durch ein Überangebot zulasten der landwirtschaftlichen Betriebe einbricht? Es scheint verlockend, immer neue Absatzwege zu finden. Doch wenn Unternehmen wie Davert mit ungeschriebenen Branchenvereinbarungen brechen und ihre Markenprodukte statt exklusiv über den Fachhandel inzwischen auch im Discount anbieten, wird das schlussendlich die Preise unter Druck setzen und am Ende zulasten der Bauern gehen. Während der Fall Davert die Entscheidung eines selbstständigen Unternehmens ist, erfolgte die Aufnahme der in der ÖDL zusammengeschlossenen konventionellen Handelsunternehmen Budnikowski, dm, Globus, REWE Group und tegut im BÖLW durch die hier zusammengeschlossenen Unternehmen, die einen Großteil der Biobranche repräsentieren. Die Händler würden dazu beitra-

gen, dass Bio in vielen Super- und Drogeriemärkten boomt, so der Verband. Nur am Rande erwähnt werden sollen hier die vielen Importe von Soja und Weizen aus Südosteuropa, die, auf Verbandsniveau aufgewertet, die Ware von heimischen Betrieben preislich unter

Druck setzen. Für nicht wenige Beobachter ist dies ein Wachstum, bei dem man Gefahr läuft, die eigenen Konturen zu verlieren. Das freilich sieht man beim BÖLW und den führenden Verbandsvertretern ganz anders. *mm*

Biolandbaukonferenz in England

Für zwei Tage Anfang Januar sind in der südeinglichen Universitätsstadt Oxford mehr Landwirte als Studenten zu sehen. Vertreter der industriellen Landwirtschaft, der Agrarchemie und des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt treffen sich auf der Oxford Farming Conference. Biobauern, Landwirte mit kleinen Höfen und alle, die an Fragen der Nachhaltigkeit interessiert sind, befanden 2010, dass sie lange genug ein Schattendasein geführt hätten und organisierten die alternative Oxford Real Farming Conference (ORFC). Inzwischen sei die Konferenz der „Großen“ in der Agrarbranche zur Randveranstaltung geworden, sagte Olivier De Schutter, der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung in seinem Plädoyer für die Agrarwende bei der ORFC. Noch immer würden Intensivierung, Monokulturen und Mechanisierung in einer auf Erdöl basierenden Landwirtschaft finanziell belohnt – auf Kosten der Umwelt, der Qualität der Böden, des Tierwohls, der menschlichen Gesundheit. Statt dessen bedürfe es lokaler und regionaler Ernährungssysteme. In den Arbeitsgruppen wurde es konkret: Zwischensaat, stressfreier Umgang mit Vieh, Homöopathie im Kuhstall, Agroforstwirtschaft oder Smartphone-Apps und internetgestützte Hilfsmittel. Letztere können vor allem kleinen und jungen Betrieben Marktzugang eröffnen und Planungssicherheit bieten: „Food Assembly“ (Marktschwärmer-Netzwerk) und andere, ähnliche Internetplattformen geben den Produzenten die Möglichkeit ihre Produkte online anzubieten und über einen „Verteiler“, z. B. eine Gemeindehalle, einmal in der Woche an die Kunden zu liefern. Eine Reihe von Apps kann die tägliche Arbeit auf dem Betrieb erleichtern. Eine junge Landwirtin, deren Eltern eine kleine Olivenplantage in Chile haben, hat ein System entwickelt, mit dem sich vor Ort Daten für individuelle Bäume eingeben und dann in Tabellenform darstellen lassen. Auf diese Weise kann man einfach nachverfolgen, ob bestimmte Maßnahmen erfolgreich waren und wie sie sich auf Wachstum und Ertrag auswirken. Das System ist extrem flexibel und kann für Bäume oder auf einem Weingut genauso eingesetzt werden wie in der Tierhaltung. In Plenumsveranstaltungen ging es um Forschungsergebnisse. „Bio- und extensive Landwirtschaft sind der einzige Weg, um auch in Zukunft hohe Erträge zu erzielen“, war die Schlussfolgerung von Professor Carlo Leifert von der Universität in Newcastle. Ein Mitarbeiter von Leifert, Marcin Baranski, konnte in Feldversuchen nachweisen, dass extensiv oder in Biolandbau produzierter Kohl mehr Spurennährstoffe und Antioxidantien, dafür aber deutlich weniger Cadmium enthält als konventionell angebaute Kohl. Grund für diese Unterschiede seien nicht die Pestizide, sondern der Einsatz von Stickstoffdünger. Die landwirtschaftliche Produktionsweise entscheide über die Menge unterschiedlicher Komponenten in Obst und Gemüse, sagte Leifert, und zum ersten Mal gebe es damit auch wissenschaftliche Belege, dass Bioprodukte besser für unsere Gesundheit sind. *ml*



Auf gesellschaftliche Forderungen zu achten, ist auch im Ökolandbau wichtig

Foto: Die Auslöser



Trecker am Start!

Foto: Goldmann

Exklusive Stadtrundfahrt

Eindrücke und Gedanken von einem, der mit seinem Traktor nach Berlin zur Wir-haben-es-satt-Demo fuhr

Nach einigen organisatorischen und technischen Problemen bei den Vorbereitungen für unsere Berlinfahrt hat meine Motivation am Donnerstag Abend fast den Nullpunkt erreicht. Trotzdem starten wir Freitag morgen, nachdem sich uns noch ein Kollege aus Hessen angeschlossen hat, unpünktlich um 4.45 Uhr mit 5 Traktoren auf unserem Hof hier im Landkreis Göttingen. Da wir aufgrund der begrenzten Geschwindigkeit immer wieder einen Kompromiss zwischen „schnellster Route“ (zum Teil gut ausgebaut, aber weiter) oder „kürzester Route“ (zum Teil schlechter ausgebaut, aber kürzer) finden müssen, erleben wir nach einigen Stunden Fahrt die ländlichen Regionen Ostdeutschlands hautnah.

Zukunft des ländlichen Raums?

Hier sind uns die landwirtschaftlichen Strukturen, auf Grund von historischen Ereignissen, um einiges „voraus“. Aber man kann in einigen Dörfern teilweise recht deutlich erkennen, wo es hinführt, wenn die landwirtschaftliche Wertschöpfung nicht mehr bei den Menschen vor Ort bleibt. Ebenfalls fallen mir die zum Teil monotonen Landschaften und die nicht mehr vorhandene Vielfalt der Betriebe auf. Jetzt wird mir wieder bewusst, wofür ich nach Berlin fahre, und meine Motivation steigt.

Um 20.30 Uhr kommen wir am Treffpunkt in Blankenfelde an und ich sehe die vielen Bäuerinnen und Bauern aus ganz Deutschland, die nicht bereit sind, sich ihre Zukunft aus den Händen nehmen zu lassen. Obwohl hundskaputt steigt auch meine Motivation wieder auf 100 Prozent, kurz was essen, dann eine Besprechung, jetzt müsste man eigentlich gleich ins Schlafquartier, aber die meisten Kollegen trifft man doch eher selten und es gibt viel zu erzählen.

Es geht los

Samstag ist um 6 Uhr die Nacht vorbei, frühstücken, die Fahrzeuge mit unseren Botschaften und Forderungen plakatieren und schnell noch die Gummistiefel von der letzten Kuhscheiße befreien. Ja, nachdem unsere Kollegen von WMES Gummistiefel als imageschädigend für „moderne Landwirte“ erklärt haben, trage ich aus Protest bei dieser Demo meine Gummistiefel, mit denen ich vorgestern noch unsere Kühe eingestreut habe. Sie sind warm und bequem und ich trage sie selbstbewusst und mit Stolz. Jetzt fahren wir in die Stadt und bringen unsere Botschaften und Forderungen unter's Volk und zum Landwirtschaftsministerium. Ganz nebenbei erlebt man eine exklusive Stadtrundfahrt, hoch oben vom Schlepper aus und in gemächlichen Tempo kann man einiges von Berlin sehen.

Dann geht es zur Kundgebung, ein

emotionaler Höhepunkt ist es immer wieder, wenn wir alle mit den Treckern über den Potsdamer Platz, mitten durch die anderen teilnehmenden Menschen fahren. Hierbei fühlt man sich ein bisschen wie ein Held, der von einer gewonnenen Schlacht heimkommt. Ich bin mir nicht sicher ob wir den Kampf gegen die Agrarindustrie und das Höfesterben schon gewonnen haben, ist aber auch egal, fühlt sich jedenfalls gut an. Nun die Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor. Wegen meiner Gummistiefel werde ich von auffallend vielen Menschen in ein Gespräch verwickelt, Bauern, Bürger und Medienleute. Scheinbar bin ich eindeutig einer freundlichen und kompetenten Berufsgruppe zuzuordnen. Letztendlich der Bühnenauftritt der Treckerfahrer, um weiteres Lob und Anerkennung zu kassieren. Klar wir haben viel auf uns genommen, um mit dem Trecker nach Berlin zu kommen, aber schließlich geht es um Landwirtschaft und damit um uns und unsere Zukunft. Ich hatte mir dieses Mal vorgenommen, auf der Bühne das Mikrofon an mich zu reißen und auch mal den vielen anderen Teilnehmern „Danke“ zu sagen, denn ohne ihr Kommen, wäre ich auch nicht hier. Dabei muss ich an unsere Kollegen mit den gelben Warnwesten vor dem Hauptbahnhof denken und frage mich mit welcher Motivation sie hier sind? Um als die „richtigen“ Bäuerinnen und

Bauern „ohne Gummistiefel“ den Gegenpol zu einer landwirtschaftsfeindlichen Demonstration zu bilden, ohne politischen Forderungen, da es, außer uns, ja scheinbar keine Probleme gibt? Und um den Dialog mit den kritischen Menschen der WHES-Demo zu beginnen? Ich habe jedenfalls keine Gelbwesten auf unserer Demo gesehen. Scheinbar ist es mit dem Dialog nicht so weit her. Mich würde das nicht vom Sofa holen. Mit meiner Danksagung ist es jedenfalls nichts geworden, da ich zu spät zur Bühne kam und diese rappelvoll war. Kein Wunder, denn wir werden jedes Jahr mehr. Schade, aber vielleicht klappt es nächstes Jahr. Um 16 Uhr zurück nach Blankenfelde und einen schönen langen Abend mit den verbliebenen Kollegen verbracht. Sonntag 5.30 Uhr nach einer viel zu kurzen Nacht aufstehen, frühstücken und los geht's, bei ruhigem Winterwetter treten wir die Heimreise an. Angesichts der vielen engagierten und hoch motivierten jungen Menschen, die ich in Blankenfelde gesehen habe, macht sich in mir eine große Zuversicht für eine bäuerliche Landwirtschaft breit und erste Anzeichen von Müdigkeit verschwinden. Um 18.30 Uhr kommen wir Zuhause an. Mit den Gedanken an ein unvergessliches Wochenende schlafe ich ein.

*Lothar Goldmann,
Seeburg in Niedersachsen*

Mit Gentechnik? Keine WeitSicht!

Kritik auf der KWS-Aktionärsversammlung

Im vergangenen Dezember fand wieder die jährliche Aktionärsversammlung des Saatgutkonzerns Kleinwanzlebener Saatgut (KWS) in Einbeck statt. Unter dem Motto „Mit Gentechnik keine WeitSicht!“ machten wir uns mit ca. 20 Studierenden aus Witzenhausen auf den Weg dorthin, um ein Zeichen gegen den Einsatz von Gentechnik und speziell die so genannten „neuen Züchtungsmethoden“ zu setzen. Bereits am Zaun vor dem Haupteingang fanden einige Diskussionen mit einzelnen AktionärInnen und MitarbeiterInnen der KWS statt. Jede/r, die/der zur Versammlung wollte, musste an uns vorbeigehen und auch unsere Trommeln waren bis in den Eingangsbereich zu hören. Alle Aktienbesitzer/innen werden zu dieser Versammlung eingeladen, können diese entweder selbst oder durch andere bestimmte Personen besuchen und haben das Recht auf einen Redebeitrag in der Generaldebatte. So haben vier von uns nach unserer Protestaktion draußen an der Veranstaltung teilgenommen.

Mais und Zuckerrüben

Die KWS ist einer der zehn größten Saatgutanbieter weltweit mit über einer Milliarde Euro Jahresumsatz. Das Unternehmen vermarktet neben ökologischem und konventionellem Saatgut auch gentechnisch veränderte Ware. Dieser Bereich hatte 2013/14 einen Umsatzanteil von 34 % am Gesamtumsatz. Gesetzlich ist der Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) momentan in Deutschland verboten. Aktuell verkauft die KWS ihr gentechnisch verändertes Saatgut überwiegend im außereuropäischen Raum. In Nordamerika betrug der Umsatzanteil an Gentechniksaatgut im Jahr 2013/14 über 70 %. Vorwiegend in den Sparten „Mais“ und „Zuckerrüben“ arbeitet die KWS aktiv an Methoden und Umsetzungsmöglichkeiten. Im Anschluss an den Geschäftsbericht bestand dann die Möglichkeit, von Seiten der AktionärInnen Fragen an den Vorstand zu stellen. Wir nutzten diese Möglichkeit, unseren Unmut gegenüber dem Einsatz von Gentechnik und vor allem den „neuen Züchtungsmethoden“ deutlich zu machen. Wir erläuterten, dass auch diese Verfahren, wie z. B. „CRISPR/Cas9“, als Gentechnik eingestuft werden müssten, weil jegliche Folgen dieser noch sehr jungen Technik bisher völlig unzureichend untersucht worden seien. In einem Zeitungsinterview des letzten Jahres in der FAZ erklärte KWS-Vorstandssprecher Hagen Duenbostel, die Gentechnik habe ihren Zenit erreicht und sei keine Lösung für Probleme wie fehlende Ernährungssouveränität und Welthun-

ger. Daraus stellte sich uns die Frage, ob die KWS beabsichtigt, die Öffentlichkeit denken zu lassen, sie würden sich von der Gentechnik abwenden wollen, um dann eventuell mit den „neuen Züchtungsmethoden“ der Gentechnik die Hintertür zu öffnen. Ein weiterer angesprochener Konflikt ist die unmögliche Koexistenz von Gentechnik (mit der Gefahr der Auskreuzung) und der gentechnikfreien Landwirtschaft. Wie soll ein Landwirt aus der gentechnikfreien Landwirtschaft bei einem Unternehmen Saatgut kaufen, das in beiden Branchen vertreten ist? Wir forderten die KWS auf, sich von den „neuen Züchtungsmethoden“ zu distanzieren und kein Saatgut zu erzeugen, das die gentechnikfreie Produktion bedroht.

Neue Züchtungsmethoden

Der Vorstand reagierte eher verhalten auf die Fragen: Die Risikoforschung sei ausreichend durchgeführt worden und der Einsatz der Methoden völlig akzeptabel. Gentechnik werde nur lösungsorientiert angewendet und sei in den meisten Fällen nun

einmal die beste Lösung. Im Endprodukt sei ein Unterschied zwischen herkömmlicher Züchtungsmethode und „neuer Züchtungsmethode“ nicht mehr erkennbar. Zur Frage der Koexistenz argumentierten sie, dass sie sich den Anforderungen bzw. der Nachfrage des Marktes stellen würden und ein vielfältiges Angebot bereithalten müssten. Um uns über Pflanzenzucht und Gentechnik ein Bild zu machen, wurden wir zu einem Besuch im Unternehmen eingeladen.

Auch nach der Debatte gab es während des Mittagessens noch einige Diskussionen vorwiegend mit MitarbeiterInnen der KWS. Insgesamt wurden wir zwar für unsere Anwesenheit und Äußerungen gelobt, jedoch war deutlich zu spüren, wie wenig willkommen unsere Meinung war. Dennoch ziehen wir ein positives Fazit aus unserer Aktion. Präsenz und Gegenwind wie unseren gab es von anderen Seiten nämlich leider nicht, obwohl das Thema so brisant ist.

*Eva Imrecke,
jAbL Witzenhausen*



Bundesgerichtshof voller Bauern

Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe verhandelt sicher nicht so oft vor so einer Kulisse, nicht umsonst begrüßte der Vorsitzende Richter die Bauern und Bäuerinnen explizit. Mehr als 60 von ihnen waren angereist, um der Verhandlung rund um die Nachbaugebühren zu folgen. Beide Parteien trugen einmal mehr ihre Argumente vor: Die Anwälte der Saatguttreuhand-Verwaltungs GmbH (STV) fordern von den Aufbereitern landwirtschaftlichen Erntegutes die Erhebung und Aufzeichnung von Sorten gemäß der Saatgutaufzeichnungsverordnung, die sie für hier greifend halten. Wenn die Aufbereiter dadurch verpflichtet werden könnten, Sortennamen von ihrer bäuerlichen Kundschaft zu erfassen, wären sie laut eines früheren Beschlusses des Europäischen Gerichtshofes (EUGH) auch dazu verpflichtet, diese Zwecke Erhebung von Nachbaugebühren an die STV weiter zu geben. Der EUGH sah allerdings keine Verpflichtung der Aufbereiter Sortennamen abzufragen. Die von der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) vertretene landwirtschaftliche Genossenschaft beruft sich darauf, dass es beim Nachbau nicht um Saatgut geht, damit die Saatgutaufzeichnungsverordnung nicht greift, die ursächlich dazu da ist behördlicherseits Handlungsvorgänge von Saatgut zu dokumentieren. Die vorrangegangene Instanz, das Oberlandesgericht in Karlsruhe, hatte geurteilt, dass eben der behördliche Ursprungszweck der Saatgutaufzeichnungsverordnung nicht zulasse, dass diese privatwirtschaftlich von der STV genutzt werden dürfe. Die Karlsruher Bundesrichter müssen nun die entsprechenden Argumentationen abwägen, sie haben das Urteil für den 27. 4. angekündigt. cs



US-Landwirtschaftsminister

Wenige Stunden vor seiner Amtseinführung hat Donald Trump einen Agrarminister nominiert: George Ervin "Sonny" Perdue. Der 70-jährige Perdue stammt von einer Farm und hat Veterinärmedizin studiert. Vertreter der industriellen Agrarlobby haben die Wahl begrüßt. Man geht davon aus, daß Perdue (nicht verwandt mit dem Agrargiganten Perdue Farms) sich für gute internationale Handelsbeziehungen und US Agrarexporte einsetzen wird. Kritiker fürchten, daß Perdue die Interessen und Profite von Agrarunternehmen und der industriellen Landwirtschaft über die Belange von bäuerlichen Familienbetrieben stellen wird. Wie der designierte Chef der US Umweltbehörde, Scott Pruitt, bezweifelt auch Perdue die Realität des Klimawandels. Als 2007 Georgia und andere Südstaaten von einer extremen Dürreperiode getroffen wurden, betete Perdue, zu diesem Zeitpunkt Gouverneur des Staates, auf den Stufen des Regierungssitzes um Regen. ml

Weidehaltung muss erhalten bleiben

Die Rückkehr des Wolfs bringt vielfältige neue Herausforderungen

Der Wolf ist zurück. Was aus Sicht des Artenschutzes wie eine Erfolgsgeschichte aussehen mag, bringt jedoch, gerade in einem dicht besiedelten und landwirtschaftlich, aber auch in der Freizeit, intensiv genutzten ländlichen Raum zahlreiche Interessenskonflikte mit sich. „Die eigentliche Herausforderung besteht dabei in der Förderung eines weitgehend konfliktfreien Nebeneinanders von Mensch und Wolf. Vor allem dort, wo der Wolf über mehrere Menschengenerationen nicht mehr anwesend war, sind die Konflikte und Ängste anfänglich sehr groß. Im Vergleich zu den Ländern, in denen der Wolf nie verschwunden war, bestehen Akzeptanzprobleme“, so der sächsische Wolfsmanagementplan aus dem Jahr 2014.

Im Monitoringjahr 2014/15 waren in Deutschland 45 Wolfsterritorien bekannt. Diese lagen in Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. In weiteren Bundesländern wurden ebenfalls Wölfe nachgewiesen, die aber keine festen Territorien haben, sondern als „nicht-residente“ Individuen umherziehen. Neben einem Austausch von Wölfen aus Polen sind vor allem in Süddeutschland immer wieder Wölfe nachgewiesen worden, die aus den Alpen, dem norditalienischen Verbreitungsgebiet, zugewandert sind.

Dass es in der Realität um viel mehr geht als um ein „anfängliches Akzeptanzproblem“ zeigen die kontinuierlichen Meldungen über Schaf- und Damwildrisse durch Wölfe. Auch neugeborene Kälber wurden zu Opfern von Wölfen. Ebenso ist leicht vorstellbar, dass eine auf der Weide kalbende Kuh trotz ihrer Größe ein leichtes Opfer ist. Vor dem Hintergrund dieser Meldungen ist die Sorge vieler Landwirte, die mit ihrer naturverträglichen, nicht selten vom Naturschutz geförderten, Weidehaltung entscheidend zum Erhalt der Kulturlandschaft beitragen, aber natürlich auch eine Verantwortung gegenüber ihren Tieren und ökonomische Verpflichtungen ihren Betrieben und Familien gegenüber haben, gut nachzuvollziehen.

Weide und Wolf?

Unterstützung erfährt diese Art der Bewirtschaftung auch und gerade von Seiten der Arten- und Naturschutzverbände: „Die extensive Weidetierhaltung in Deutschland ist eine zukunftsweisende Form der Landwirtschaft und

zugleich für den Arten- und Umweltschutz von großer Bedeutung“, so Moritz Klose, Wildtierreferent beim WWF Deutschland. Und auch die Gesellschaft zum Schutz der Wölfe benennt die auch ohne Wolf schon schwierigen strukturellen Probleme der Weidetierhalter und fordert die Einrichtung eines bundesweiten Kompetenzzentrums für den Herdenschutz.

Der aktuelle Stand des vorsorglichen Herdenschutzes, beschrieben in den Managementplänen der Bundesländer, aber auch von den Wolfsberatern und Kompetenzzentren, empfiehlt Elektrozäune mit einer Höhe von 90 cm, gegebenenfalls mit einem zusätzlichen Flatterband 20 bis 30 cm über dem Zaun. Für Kühe sind in Niedersachsen Elektrozäune mit fünf Leitern und einer Höhe von 120 cm vorgegeben. Maschendrahtzäune müssen mindestens 170 cm hoch sein und einen Untergrabschutz haben. Einen aktiven Herdenschutz verspricht der Einsatz von Herdenschutzhunden. Nur wer diese Mindeststandards erfüllt, kann im Falle eines immer noch möglichen Wolfsrisses mit einer finanziellen Entschädigung rechnen.

Wer bezahlt?

Zwar bieten verschiedene Bundesländer finanzielle Unterstützung beim Zaunbau an, allerdings reichen die Fördersummen, wie überschlägige Berechnungen zeigen, lange nicht aus, um die tatsächlichen Kosten zu decken. Darüber hinaus muss ein Zaun, dessen unterste Litze nur 20 cm über dem Boden ist, freigemäht werden. Und doch gibt es schon jetzt immer wieder Meldungen, dass keine der Varianten einen vollkommenen Schutz gegen Wolfsübergriffe bietet. Und so bleibt ein Gefühl der Ohnmacht und die ständige Befürchtung: Es könnte auch bei mir passieren!

Bejagung

Einen scheinbar guten Ausweg bietet da Landwirtschaftsminister Schmidt. Gegenüber der Passauer Neuen Presse äußerte der Minister: „Der Wolf ist kein jagbares Wild, aber eine Regulierung des Bestandes muss möglich sein“ und gibt sich tatkräftig: „In einem dicht besiedelten Land wie bei uns müssen der Ausbreitung Grenzen gesetzt werden.“ Neben Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, die in ihrer Reaktion auf die Möglichkeit verweist, schon heute auffällige Tiere ge-



Sie müssen auch weiterhin auf der Weide entspannt wiederkäuen können

Foto: Archiv

zielt zu entnehmen, reagierte auch die Gesellschaft zum Schutz der Wölfe auf die Einlassungen des Ministers. „Eine Debatte über ‚erlaubte Wolfszahlen‘ oder ‚Obergrenzen‘ der Population ist derzeit in Deutschland nicht erforderlich und rechtlich überhaupt nicht zulässig, denn sie würde eine von der EU zustimmungspflichtige Änderung des Schutzstatus erfordern“, so der Verband unter Bezugnahme auf den Schutzstatus des Wolfs in Europa. Aber auch die Probleme der Weidetierhalter sehen die Artenschützer und fordern vom Bundesministerium, „den Schutz der Nutztiere durch spezielle Zäune und Herdenschutzhunde zu unterstützen und diese Maßnahmen ausreichend zu finanzieren“.

Einfach schießen

Wer sehnt sich nicht nach einer einfachen Lösung? Die Wölfe vergrämen, mit Gummigeschossen etwa oder aber Wiederholungstäter gezielt „letal entnehmen“. Doch so wie es aktuell unrealistisch erscheint, weite Teile der Republik durch nur bedingt wolfsichere Zäune zu einem kleinteiligen Netz von Barrieren, nicht nur für Wölfe, werden zu lassen, ist es nicht realistisch, von Jägern zu fordern, sie sollten nächtelang auf „den einen Wolf“ warten. Und selbst wenn der Wolf im Jagdrecht aufgenommen und zur Jagd freigegeben wäre, so wäre dennoch gefordert, dass der Jäger das Tier eindeutig ansprechen kann. Er muss klar erkennen ob es ein Jung- oder Alttier, männlichen oder weiblichen Geschlechts ist. Die Jagdsaison würde aus Rücksicht auf potentiellen Nachwuchs im Winter liegen, einer Zeit, in der eine Unterscheidung der Tiere aufgrund des Winterfells nicht möglich ist. Auch weisen Wolfsexperten immer wieder darauf hin, dass Wölfe im Rudel eine ausgeprägt feste Sozialstruktur haben. Schießt man die ranghohen, älteren, erfahrenen Tiere, so bricht das Sozialgefüge zusammen. In der Folge kann es zu einer erhöhten Zahl an Welpen kommen, da jetzt die

rangniederen Tiere, die im Normalfall keine Nachkommen zeugen, genau dies tun. Statt einer Reduktion hätte man eine Vermehrung bewirkt.

Politik gefordert

Der Wolf ist politisch gewollt. Auch gibt es viele Menschen, die in der Regel nicht aus der Landwirtschaft kommen, die den Wolf in Deutschland beheimatet sehen wollen. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) stellt sich im Gegensatz hierzu eindeutig auf die Seite der Tierhalter. „Für bäuerliche Landwirtschaft ist Weidehaltung somit von existenzieller Bedeutung, das Einsperren von Weidetieren aus Angst vor dem Wolf ist deswegen keine Option“, schreibt sie in ihrem aktuellen Positionspapier und fordert: „Aus Sicht der AbL ergibt sich aus der Rückkehr des Wolfes in unsere Regionen das Ziel, Bedingungen für ein friedliches Miteinander zwischen Wolf, Weidetieren und Mensch zu schaffen. Gelingen kann dies nur, wenn Bäuerinnen und Bauern sowie Schäferinnen und Schäfer mit den Mehrkosten für den Schutz ihrer Weidetiere nicht alleine gelassen werden.“ Neben einer vollständigen Kostenübernahme für den Mehraufwand des Herdenschutzes fordert sie ein bundeseinheitliches Wolfsmanagement und eine Verbesserung der Aufklärungsarbeit sowie Bildungs- und Beratungsangebote für Landwirte, aber auch für Mitarbeiter in den zuständigen Ämtern. Höchste Zeit ist es auch für die ebenfalls geforderte Einberufung zu einem Verbändegespräch aller beteiligten Interessensgruppen durch Landwirtschaftsminister Schmidt und Umweltministerin Hendricks. Nur wenn die Bedenken, vor allem aber die negativen Erfahrungen der Tierhalter, ernst genommen werden und gemeinsam mit ihnen nach Lösungen gesucht wird, kann es gelingen, Akzeptanz für den Wolf zu schaffen, ohne die Weidetierhaltung zu zerstören.

Wasserwerke schlagen Alarm

Nitrat im Grundwasser bereitet massive Probleme und hohe Kosten

Weil die Wasserwirtschaft seit einigen Jahren vielerorts steigende bzw. auf hohem Niveau anhaltende Nährstoffeinträge in das Grundwasser beobachtet, engagieren sich ihre Interessenverbände u.a. im laufenden Prozess zur Neuregelung der Düngegesetzgebung. Sie machen Druck für verschärfte Auflagen – und vor allem für deren praktische Umsetzung.

„Wir haben in nitratbelasteten Gebieten seit Jahren zunehmende Kosten in der Wasserwirtschaft. Hier ist die Landwirtschaft gefordert, endlich dafür zu sorgen, dass weniger Stickstoff ins Grundwasser gelangt. Die geplante Reform der Düngeverordnung ist ein wichtiger Anfang. Das wird aber nicht ausreichen, weitere Schritte müssen folgen“, so Katherina Reiche, Hauptgeschäftsführerin des Verbands Kommunaler Unternehmen e.V. (VKU). „Es besteht ein Vollzugsdefizit“, erklärt Christa Hecht, Geschäftsführerin eines anderen Zusammenschlusses, der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW): „Weil die Behörden die Landwirtschaft bei der Düngepraxis zu wenig in die Pflicht nehmen.“

Steigende Kosten

Die Trinkwasserversorger geraten zunehmend selbst unter Druck, weil sie ihre Qualitäten aufrecht erhalten müssen. Bestehende Kooperationen der Wasserwirtschaft mit Landwirten vor Ort laufen seit vielen Jahren mit meist sehr guten Erfahrungen. Es gibt unzählige dokumentierte Erfolge durch Beratungs- und Maßnahmenprogramme, mit denen beide Seiten zufrieden sind. Aber durch andere Betriebe, die sich nicht an gute fachliche Praxis entsprechend der Vermeidung von

Nährstoffeinträgen in Gewässer halten, entstehen laufend Verunreinigungen, wodurch mittlerweile in vielen Regionen die Kosten zur Reinigung des Trinkwassers steigen. Die guten Kooperationserfolge auf Basis von Ausgleichszahlungen rechnen sich dann schlicht nicht mehr. Hecht betont dazu: „Zu den Kooperationszahlungen an landwirtschaftliche Betriebe gibt es innerhalb der Wasserwirtschaft sehr unterschiedliche Auffassungen, weil sie dem Verursacherprinzip widersprechen. Aber vom ökonomischen Standpunkt war es vielen wichtiger und kam sie günstiger, solange Belastungen des Grundwassers direkt vermieden und dadurch Aufbereitungskosten für das Rohwasser gespart werden können.“

Regional differenzieren

Die Stoffeinträge landwirtschaftlichen Ursprungs gelangen diffus über die Fläche in den Untergrund und damit in das Grundwasser. Das dauert je nach Bodenart und -mächtigkeit unterschiedlich lange und führt meist zu längerfristigen Beeinträchtigungen. „Wenn das Grundwasser in ihrem Einzugsbereich zu sehr mit Nitrat belastet ist, müssen die Wasserversorger Brunnen tiefer bohren oder gar auf andere Quellen ausweichen, sie müssen dann verstärkt auf Oberflächenwasser zurückgreifen“, erläutert Reiche die Konsequenzen. Deshalb begrüßten die VertreterInnen der Wasserwirtschaft die Ergebnisse der letzten Kompromissverhandlungen zur Düngeverordnung zumindest als kleinsten gemeinsamen Nenner. Inhaltlich hatten die Verbände weitgehendere Forderungen, erkennen in der Ausrichtung jedoch zumindest eine bedeutendere Stellung von Umweltzielen. Zu

einer regional differenzierten Herangehensweise fasst Reiche die Erwartungen des VKU zusammen: „Die Bundesländer sollen mit der neuen Düngeverordnung nicht nur die Gebiete ausweisen müssen, die mit Nitrat belastet sind, sondern in diesen auch die erforderlichen Maßnahmen zur Reduktion der Nitratüberschüsse umsetzen. Beispielsweise sollten ausreichend Lagerkapazitäten für den anfallenden Wirtschaftsdünger geschaffen werden oder ein qualifizierter Flächennachweis geführt werden.“ Der Wasserwirtschaft geht es keineswegs nur um Wirtschaftsdünger sondern um die Düngung insgesamt, mit Einsatz mineralischer Dünger. Problemreiche und -regionen haben sie an unterschiedlicher Stelle durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Tierhaltung sowie durch die Ausrichtung auf maximalen Ertrag auf den Ackerflächen ausgemacht. Hinzu kommen ausschwemmungsgefährdete Standortbedingungen.

Gezielt Lösungen finden

Einschränkungen und höhere Standards sind mit höheren Kosten für die landwirtschaftlichen Betriebe verbunden. Das kann bei unveränderter Markt- und Preislage für wirtschaftliche Schwierigkeiten bei den LandwirtInnen als schwächste Marktakteure sorgen. Doch dies scheint objektiv betrachtet weniger eine Sache für die politische Arbeit der Wasserwirtschaft als vielmehr für LandwirtschaftsvertreterInnen zu sein. Schließlich hätte gerade der Bauernverband genug Möglichkeiten, sich in die agrarpolitischen Entwicklungen mit Lösungsvorschlägen und Ideen für flankierende Maßnahmen einzubringen, damit die Mehrkosten für gesellschaftliche Anforderungen, die auch an anderer Stelle, wie beim Tierwohl, eingefordert werden, gedeckt werden. Anreize für eine weitere Intensivierung erweisen sich vor diesen Hintergründen immer stärker als nicht mehr zeitgemäß.

Politisch und behördlich sollte bei einer Veränderung der Düngegesetzgebung gezielt darauf geachtet werden, die Problemwicklungen, -regionen und -strukturen ehrlich zu benennen und für Veränderungen in die Pflicht zu nehmen. Sonst sehen sich eventuell auch diejenigen mit neuem Aufwand konfrontiert, die sich schon um eine Gewässer schonende Bewirtschaftungsweise bemühen, die Intensivierung nicht bis hin zu maximalen Erträgen ausgereizt haben und die für kein großes Verunreinigungsrisiko sorgen. Was ebenfalls dem Verursacherprinzip widerspricht.

Fusionswelle

Immer weniger Konzerne bestimmen weltweit über einen immer höheren Anteil der Lebensmittelherzeugung und Ernährung - zum Nachteil von Kleinbäuerinnen und -bauern, Landarbeiterinnen und -arbeitern sowie der regionalen Lebensmittelversorgung. Das belegt der „Konzernatlas 2017“. Mit der Zusammenstellung von Fakten und Grafiken zur Agrarindustrie, warnen die Herausgeber - Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Oxfam Deutschland, Germanwatch und Le Monde Diplomatique - davor, dass die laufenden Konzentrationsprozesse im Agrarsektor die 2015 beschlossenen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen gefährden. 2015 war der Wert der Fusionen von Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelindustrie mit 347 Milliarden Dollar fünf Mal höher als der im Pharmasektor oder im Ölsektor. Inzwischen kontrollieren lediglich vier Großkonzerne rund 70 Prozent des Welthandels mit Agrarrohstoffen, drei Konzerne dominieren 50 Prozent des Weltmarkts für Landtechnik und in Deutschland decken vier Supermarktketten 85 Prozent des Lebensmittel Einzelhandels ab. *mn*



Wasserressourcen und Landwirtschaft sind nicht nur landschaftlich eng verbunden Foto: LUA Saarland

Brasilien – Tudo Bom?! Oder: Wie geht's weiter?

Antônio Andrioli, Ko-Präsident der Universidade Federal da Fronteira Sul (UFFS) in Chapeco zu Entwicklungen im Amazonasstaat

Unabhängige Bauernstimme: Sie sind ein Kenner der landwirtschaftlichen Situation in Brasilien und beschäftigen sich insbesondere mit den Strukturen und dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Wie nehmen Sie die aktuelle Situation wahr?

Antônio Andrioli: Nach dem parlamentarischen Putsch im Mai letzten Jahres wurden die korruptesten Politiker zu Bundesministern ernannt. Die erste Tat der neuen Temer-Regierung war die Abschaffung des Ministeriums für Menschenrechte und des Kleinbauernministeriums. Landwirtschaftsminister ist der derzeit größte Sojaproduzent der Welt, Blairo Maggi. Er wurde als „Kettensäuger des Jahres“ bekannt, nachdem er 2004, damals als Gouverneur von Mato Grosso für 40 % der Entwaldung des Landes sorgte. Als Großgrundbesitzer und Politiker gleichzeitig wirkt er als eine der größten Kräfte der Umweltzerstörung Brasiliens. Maggis Landwirtschaftspolitik ist stark exportorientiert und er plädiert für die Ausweitung der Massentierhaltung und Agrarindustrie zur „Rettung der brasilianischen Wirtschaft“. Im Norden Brasiliens aber sind 80 % der Fläche als Wald geschützt. Entsprechend will Maggi die, wie er sagt, „strenge Umweltgesetzgebung“ aufweichen.

Welche neuen Entwicklungen gibt es in Brasilien bei der Verwendung gentechnisch veränderter Saatguts?

Die Regierung hat im Oktober 2016 den Import von Genmais aus den USA zugelassen, mit Hilfe der Biosicherheitskommission. In der bin ich noch bis Ende 2017 einer von 27 Wissenschaftlern, die von der Bundesregierung zur Entscheidung über den Anbau und die kommerzielle Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen nominiert wurden. Schon jetzt gibt es dort eigentlich nur noch drei kritische Stimmen. Auch diese wird es nach dem Ende unserer Amtsperiode nicht mehr geben. Bei der letzten Sitzung im Dezember wurde eine Sojapflanze zugelassen, die resistent gegen das Spritzmittel Dicamba von Monsanto ist. Dicamba wird von Monsanto als Alternative bei zunehmenden Resistenzen von Unkräutern gegen Glyphosat angeboten. Dicamba bereitet große Probleme durch Abdrift. Bei Sojapflanzen ist eine Kombination von Resistenzen längst Realität und führt zu einer größeren Abhängigkeit der Farmer und zu stei-



Antônio Andreoli Foto: privat

genden Betriebskosten. Neu ist, dass GV-Zuckerrohr und -Eukalyptus zum Anbau zugelassen werden sollen. Bei Eukalyptus geht es grundlegend um eine Veränderung der Ligninstruktur. Bei dem GV-Zuckerrohr ist eine Schädlingsresistenz durch den Einbau von *Bacillus thuringiensis* das Ziel.

Welche weiteren Veränderungen erwarten Sie infolge der neuen Regierung?

An den Universitäten werden wir es zunehmend mit Kürzungen zu tun haben. Eine Erweiterung der Studienplätze, wie wir es unter den Regierungen von Lula und Rousseff erlebt haben, ist nicht zu erwarten. Im Dezember wurde ein sehr polemisches Gesetz verabschiedet, wodurch die Investitionen der Bundesregierung in Bildung und Gesundheit für die nächsten 20 Jahre stark gekürzt werden. Daraufhin gab es, ausgehend vom Bundesstaat Paraná, einen bundesweiten Schulstreik, dem sich die Studenten angeschlossen haben. Zu befürchten ist auch ein starker Sozialabbau. Die Universitäten werden sich in eine Richtung zunehmender Privatisierung entwickeln, so wie wir es aus den 1990er Jahren kennen. Für 2017 hat Temer die Änderung der Sozialversicherung (Rente etc.) und den Abbau der Arbeitsrechte angekündigt.

Welche konkreten Auswirkungen wird diese Entwicklung für die Bauern haben?

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird zum Beispiel die Rente der Bäuerinnen abgeschafft werden, eine der größten Errungenschaften der brasilianischen Bauernbewegungen der letzten Jahrzehnte. Durch die Abschaffung des Kleinbauernministeriums ist unklar, wie sich die Bau-

ern, die sich ein starkes Direktvermarktungssystem aufgebaut haben oder die ihre Erzeugnisse im Rahmen des Schulverpflegungsprogramms verkaufen, entwickeln. Die Landlosenbewegung wird wieder stärker polizeilich verfolgt. An unserer Universität ist sogar ein Professor, der mit Landlosen arbeitet, in der Vorlesung vorübergehend festgenommen worden. Politische Arbeit wird noch schwieriger werden. Das Ziel der Regierung Temer ist der Abbau der sozialen Förderprogramme. Da die großen Erfolge der Agrarpolitik zugunsten der Kleinbauern sehr stark von diesen sozialen Programmen der Bundesregierung abhängen, ist ein Rückfall zu erwarten, mit den bekannten Folgen der Landflucht, Landkonzentration und Zunahme der Armut in den ländlichen Gebieten. Die politische Spaltung der brasilianischen Gesellschaft hat mit der sozialen Inklusion zu tun. Die historische Elite fühlte sich in ihrem Erfolgstraum durch die vergangenen Regierungen gestört. Es ist uns auch sehr klar, dass die Interessen multinationaler Konzerne dabei eine große Rolle spielten. Denn die Naturressourcen des Landes sind nach wie vor ein sehr begehrter Reichtum Brasiliens, der teilweise noch Indianervölkern und Kleinbauern gehört.

Aber der Regierungswechsel erfolgte doch aufgrund von Korruptionsvorwürfen gegenüber der Präsidentin Dilma Rousseff?

Mit einer Bekämpfung der Korruption hatte der Putsch überhaupt nichts zu tun, denn die Einzige, die bei den vielen Korruptionsskandalen noch nicht mal erwähnt wird, ist die abgesetzte gewählte Präsidentin Dilma Rousseff. So wie bei vielem im Lande wird es sicherlich noch eine Weile dauern, bis die Bevölkerung tatsächlich versteht, wo-

rum es eigentlich geht: um den Sturz einer Regierung, die soziale Interessen vertritt, die sich für die Abschaffung sozialer Ungleichheiten und die Durchsetzung von Menschenrechten einsetzte. Im Hintergrund der Aktion ist nicht zu übersehen, dass eine neue Geopolitik in Lateinamerika geplant wurde, denn ähnlich wurden gewählte Präsidenten in Costa Rica und Paraguay vor wenigen Jahren abgesetzt. Auch die politische Entwicklung in Argentinien zeigt in diese Richtung, obwohl es dort durch Wahlen geschah. Es handelt sich um die Durchsetzung der Interessen großer Konzerne und Banken, die weltweit agieren und versuchen, Staaten und Regierungen zu ihren Gunsten zu steuern.

Wieso ist die Bevölkerung so zurückhaltend?

Die großen Medien Brasiliens gehören Politikern und unterhalten das Volk täglich mit Berichten über Tragödien, damit sie das Gefühl haben, den anderen geht es ja noch schlechter und man sollte nicht reagieren. Wer reagiert, wird mit großer Gewalt von der militärischen Polizei verfolgt. Das ist vor kurzem auch unseren Studenten in der Hauptstadt Brasília passiert, weil sie vor dem Parlament gegen die Kürzungen im Bildungsbereich protestierten. Und auch den Lehrern im Süden Brasiliens, als sie vor dem Palast der Landesregierung in Porto Alegre protestierten, da sie 2016 ohne Weihnachtsgeld blieben. Schlimme Zeiten und traurige Nachrichten, die sich wöchentlich vermehren. Trotzdem haben wir Hoffnung, dass das, was wir in den letzten Jahren aufgebaut haben, auch zum Widerstand motiviert.

Vielen Dank für das Gespräch! mn



Soja: als Pflanze schön, aber in Massen zerstörerisch für Agrarstrukturen Foto: Weißenberg



Die jungen Treckerfahrerinnen und -fahrer auf der Demo in Berlin

Foto: Nürnberger

Hofnachfolgesuche

Gedanken zur Hofübergabe zwischen Betriebserhalt und Erbregelungen

Die Regelung der Hofnachfolge ist eine zutiefst emotionale Angelegenheit“, so ein Altbauer mit Ackerbaubetrieb, der sich zurzeit viele Gedanken um die Zukunft und seinen Hof macht: zur Nachfolge, zur Bewirtschaftung und zum Erbe des Vermögens. „Denn das sind verschiedene Dinge“, erläutert er: „So ein Hof ist zum einen Betrieb, zum anderen aber auch Vermögenswert. Erben haben darauf zumindest mit einem gesetzlich geregelten Pflichtteil Anspruch. Auf der Suche nach einer guten Nachfolgeregelung muss man das bedenken.“ Er selbst hat keinen Hofnachfolger. Das bedeutet landläufig: Niemand aus der Familie möchte den Betrieb weiterführen. Trotzdem können Kinder des Eigentümers Interesse an dem Hof haben. Die nächste Generation, so es sie denn gibt, ist immer in einer Erbsituation.

Späte Forderungen vermeiden

In der Diskussion um die außerfamiliäre Hofübergabe beobachtet der Ackerbauer „junge, landwirtschaftlich ausgebildete Menschen, die sich in der Landwirtschaft eine Existenz aufbauen wollen und meinen: ‚Du hast keinen Nachfolger, möchtest aber, dass dein Hof weiter bewirtschaftet bleibt. Ich suche einen Hof. Also gib ihn doch mir.‘ So einfach ist das aber nicht. Denn sie kommen meist mit viel Enthusiasmus, aber mit wenig in der Tasche.“ Ein direkter Verkauf zum Verkehrswert ist da nicht möglich, es müssen andere Finanzierungs- und Einstiegsmodelle ausgemacht werden. Dabei sollte man mögliche Erbforderungen aus der Familie nicht blauäugig übergehen. Denn der Eigentümer kann den Hof problemlos an jemanden außerhalb der Familie übertragen. Sobald er stirbt, können allerdings die Erben ihren Pflichtteil einfordern. Damit verknüpft, bricht z. T. ein Streit über den Wert des Hofes aus. Auf die außerfamiliären Hofnachfolger kommen so eventuell Jahre später plötzlich finanzielle Forderungen zu, die sie nicht bedacht haben – und die es ihnen unmöglich machen können, den Hof weiterzuführen. Das heißt, es ist auch für die Hof-

übernehmer von existentiellem Interesse, ob und wie die Erbfolge geklärt ist.

Ausgleiche suchen

Für die Überlegungen sind rechtliche Unterschiede zu berücksichtigen, je nachdem, ob der Betrieb ein Hof im Sinne der Höfeordnung ist oder unter das Erbrecht nach Bürgerlichem Gesetzbuch fällt. Die Höfeordnung, wie sie vor allem in Nordwestdeutschland gilt, sorgt durch eine Eintragung im Grundbuch für eine besondere Privilegierung des Hofes als geschlossene Einheit, die nicht ohne weiteres geteilt und nur an eine Person vererbt werden darf. Für die Erbschaftsteuer und die Auszahlung der weichenden Erben wird ein deutlich verringerter Vermögenswert des Hofes angesetzt, um die finanzielle Belastung des Hofnachfolgers einzuschränken – solange er mindestens 20 Jahre lang den Hof im Ganzen erhält. Insofern ist die Vererbung im Sinne der Höfeordnung unter Gleichheitsansprüchen immer eine Form der Enterbung für weitere Beteiligte und ihnen gegenüber ungerecht. Zumal, wenn derjenige, der den Hof bekommt, nicht die Bewirtschaftung übernimmt – oder familienfremd ist. Deswegen kann es die Sache entspannen, wenn der so genannte Erblasser zu Lebzeiten, noch mit den Fäden in der Hand, eine vorweggenommene Erbfolge regelt und dafür klärt: Wer ist erbberechtigt, was ist der Wert des Hofes, wie hoch ist der Pflichtteil? Welche Ausgleichsmöglichkeiten bestehen für weichende Erben? Wie ist der eigene Ruhestand unter diesen Voraussetzungen abgesichert? „Da muss man sich mit den Kindern an den Tisch setzen und zufriedenstellende Ausgleiche suchen“, so der Altbauer: „In einem Vertrag muss man sich die entsprechenden Abmachungen und den darauf basierenden Verzicht auf Pflichtteilansprüche am Hofvermögen unterschreiben lassen, damit das Fass nicht wieder aufgemacht werden kann. Wenn sich jemand übergeben fühlt, dann gibt es Streit. Wenn man sich aber rechtzeitig mit den Vorstellungen aller Beteiligten beschäftigt – dann ist viel hinzukriegen.“

cw

Eine Bäuerin erzählt...

Das Christkind sieht alles!

Mein Mann hat mir zu Weihnachten dieses Jahr eine neue Heugabel geschenkt. Ob dieser Geschenkauswahl kann man jetzt unterschiedlicher Ansicht sein. Immerhin fiel die Wahl auf ein goldverziertes Modell. Im Stall hätte auch ein neuer Mistschrabber gefehlt; bin ich mit der Heugabel noch gut weggekommen? Meine Oma hat immer großen Wert darauf gelegt, dass sie auf keinen Fall als Geschenk irgendetwas Nützliches für die Hausarbeit bekommt. Hätte mein Opa eine neue Küchenmaschine als Weihnachtsgeschenk verpackt, hätte das den Haussegen gewaltig in Schiefelage gebracht. Oma wünschte sich immer etwas, was funkelt, und träumte von Gold und Diamanten. Bei meinen Eltern verhielt es sich so, dass Mama sehr bescheiden war und eigentlich nichts brauchte, wohingegen mein Vater gerne große Geschenke machte. Das führte zu seltsamen Situationen. So bekam meine Mutter einen VW Golf von meinem Vater geschenkt und hätte lieber wieder einen R4 gefahren. Wie man's macht ...

Im Fernsehen wird dafür geworben, besondere Momente zu verschenken, in Form eines Gutscheines für Unternehmungen, von einer Eventagentur zusammengestellt. Für manchen Landlustigen wäre so eine Heugabel also ein wunderbares Symbol, eine Dreingabe für einen Gutschein: Erlebnisstag auf dem Bauernhof! Mich machen solche Bauernhoferlebnisgeschichten in letzter Zeit traurig. Oftmals wenn ich mit Nichtlandwirten ins Gespräch komme, machen sie mir Vorschläge, wie ich satte Gewinne einfahren könnte: Schafe als Rasenmäher vermieten, Erlebnisheubäder, Schlepper- bzw. Maschinenspielparks für Männerparties, Erlebnisereignisse für Manager u. v. m. Ich finde es aber eine edle und wichtige Aufgabe, gute Lebensmittel zu erzeugen – ist das nicht genug?

Mein Mann hat mir die Gabel einfach als Arbeitsgerät geschenkt, keinen Gutschein. Und es war kein großer Aufwand, sie zu besorgen, sondern eher ein zufälliges Ereignis. Genau gesagt stand die Gabel zufällig am Weihnachtstag, nach einer routinemäßigen Baumarktbesorgungsfahrt meines Mannes, zusammen mit anderen, noch nicht verräumten Dingen vor unserer Eingangstür. Es war nicht irgendeine Gabel, sondern in ihrer Ausfertigung genau so, dass sie mir gut in der Hand lag, nicht zu breit oder zu schmal, nicht zu lang oder zu kurz, und sie funkelte. Als ich sie sah, war mir sofort klar, dass sie mir das Christkind gebracht hat. Bei den täglichen Stallarbeiten bekommt man einen Sinn für die Qualität der Werkzeuge. Zum Beispiel haben wir verschiedene Besen: von der Breite her, aber auch vom Gewicht, der Länge und dem Material her. Auch der Besenstiel ist von großer Bedeutung, rund oder oval, elastisch oder steif, leichtes oder schweres Holz, sorgfältig geschliffen oder spreißelverdächtig. Und ja, der Einsteckwinkel des Stieles spielt für den Komfort beim Kehren eine große Rolle. Ich habe Freude daran, mit dem großen, breiten Besen den Futtertisch zu säubern und es ärgert mich, wenn der etwas leichtere, schmale Besen mit den feineren Borsten fehlt, um die Futterkrippen auszukehren. Wehe dem, der ihn nach dem Benutzen nicht an seinen Platz gestellt hat!

Unsere Heu- und Mistgabeln bieten einen traurigen Anblick. Sie sind bei uns immer verbogen. Das rührt daher, dass wir einen Mitarbeiter haben, der es auf uns unerklärliche Weise schafft, die Zinken zu verbiegen. Einmal verbogen, nutzen sie sich unterschiedlich ab und werden ungleich lang. Diese Dinger sind bei der Arbeit eine Zumutung! Das muss auch dem Christkind aufgefallen sein. Meine Hauptsorge ist nun, wo ich meine gute Gabel deponieren kann, damit ihr nicht dasselbe Schicksal widerfährt wie unseren sonstigen Gabeln. Ich müsste sie beschützen und irgendwo verstecken, in Stallnähe, aber mit wenig Aufwand zu erreichen ... Jetzt lege ich sie erst einmal unter den Christbaum, freue mich und träume von unserer wunderbaren Zusammenarbeit.

Big is beautiful

KTG AGRAR – eine Räuberpistole mit Tiefgang

Das Unternehmen KTG Agrar galt als Muster eines neuen Geschäftsmodells in der Landwirtschaft. Die Aktiengesellschaft mit ihren 90 Tochterunternehmen produzierte im ganz großen Stil auf über 20 Standorten und gut 45.000 Hektar vornehmlich in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Litauen. Sie hielt Beteiligungen in Rumänien und Russland und bahnte Geschäfte in China und Südafrika an. Vertikal voll integriert von der Feldproduktion über die Verarbeitung bis zur Vermarktung mit eigener Tiefkühl- und Bio-Marke sollte die KTG Agrar den gesamten Ertrag und Mehrwert vom Acker bis zum Supermarkt selbst realisieren. „KTG Agrar AG ist der führende Landwirtschaftsbetrieb Europas und sollte von den weiterhin intakten Megatrends der Landwirtschaft profitieren“, schwärmten die Analysten der DZ-Bank noch ein halbes Jahr vor der Insolvenz und empfahlen: „Kaufen!“ Die KTG versprach maximale Skaleneffekte und Konkurrenzvorteile beim Einkauf von Betriebsmitteln, beim Einsatz von Maschinen, Spezialisten, modernster Technologie und wissenschaftlichem Know-how, bei der Lagerhaltung, der integrierten Verarbeitung und nicht zuletzt in der Verhandlungsposition gegenüber dem Groß- und Einzelhandel, aber auch den Banken. Fast die Hälfte der Flächen wurde biologisch bewirtschaftet. Das machte die KTG zum mit Abstand größten Biobetrieb Deutschlands. Die konzerneigene Bio-Zentrale Naturprodukte GmbH versorgte mit einem Umsatz von über 50 Millionen Euro Supermärkte mit Bioprodukten und entwickelte eigene Bio-Marken. Gut 30 Prozent ihres Umsatzes machte die KTG Agrar schließlich mit Biogasanlagen, die es zusammen auf eine Leistung von 60 Megawatt brachten.

Dubiose Geschäfte

Im Juli 2016 meldete KTG-Geschäftsführer Siegfried Hofreiter Insolvenz an. Stück für Stück wird nun bekannt, wie Umsatz und fantastische Gewinne schlicht simuliert wurden. Es ist die Rede von überhöhten Beraterhonoraren und Aufträgen. Den Gesamtschaden um die 400 Millionen Euro können die einst so begeisterten Anleger nun wohl abschreiben. Denn das „Tafelsilber“ des Konzerns, namentlich sein Grundeigentum, ist längst verkauft. Zu den Hoffnungen und Sicherheiten der

nun wohl leer ausgehenden Anleger gehörten stets die stillen Reserven der KTG in Form ihres Grundeigentums, das sich laut Geschäftsbericht 2013 auf über 10.000 Hektar summierte. Deren Wert hatte sich seit dem Börsengang des Unternehmens im Jahre 2007 je nach Standort zumindest verdoppelt. Doch zum Zeitpunkt der Insolvenz war davon nicht mehr viel übrig. 4.400 Hektar Ackerland in Litauen hatte die KTG bereits 2014 an die Münchner Rückversicherung, Deutschlands zweitgrößtes Versicherungsunternehmen, für rund 20 Millionen Euro verkauft und sofort für 18 Jahre zurückgepachtet. 2015 übertrugen 14 KTG-Agrar-Unternehmen in Brandenburg insgesamt 2.449 Hektar auf ein Tochterunternehmen namens ATU. Doch Verkäufe landwirtschaftlicher Flächen müssen von der Landwirtschaftsbehörde des zuständigen Landkreises genehmigt werden. Diese hat nach dem Grundstücksverkehrsgesetz zu prüfen, ob der Preis angemessen ist, ob eine ungesunde Konzentration von Flächen entsteht und ob ansässige Landwirte ein berechtigtes Interesse an einem Verkauf der Grundstücke haben, sofern es sich bei dem Käufer nicht um ein landwirtschaftliches Unternehmen handelt.

Keine Beanstandungen

Doch weil es sich bei der ATU um ein landwirtschaftliches Unternehmen handelte, genehmigte der Landkreis Prignitz den Megadeal ohne weitere Beanstandung und intensivere Prüfung. Dass es sich dabei seit Jahren um den größten Einzelverkauf nicht nur in der Prignitz, sondern in Deutschland handelte, bewog die Behörde nicht, sich beim Ministerium in Potsdam rückzuversichern und bei der Prüfung um Amtshilfe zu bitten. Auch die ATU schloss mit den veräußernden Agrarunternehmen unmittelbar langfristige Pachtverträge über 18 Jahre ab. Doch nur drei Wochen später übernahm die Münchner Rückversicherung 94,9 Prozent der ATU GmbH. Dieser Deal konnte nun von den Behörden nicht mehr geprüft werden. Denn formal wurde nicht das Land, sondern dessen Eigentümer, die ATU GmbH, verkauft. Fast jedenfalls. Denn indem die Munich Re nicht 100, sondern nur 94,9 Prozent der GmbH übernahm, vermied sie auch noch die Grunderwerbssteuer. Bei den in Brandenburg fälligen 6,5 Prozent wären das, legt man den im



Vielen Jungbauern und -bäuerinnen fehlt der Zugang zu Land - auch wegen Geschichten wie die der KTG
Foto: Die Auslöser

Geschäftsbericht der KTG Agrar angegebenen Erlös von 36,6 Millionen Euro zugrunde, 2,35 Millionen Euro an vermiedenen Steuern. Nachdem der Handel im Zuge der KTG-Insolvenz ruckbar wurde, bemüht sich das Landwirtschaftsministerium in Brandenburg darum, den Verkauf nachträglich rückgängig zu machen. Sollte dies rechtlich erfolgreich sein, müssten sich allerdings Landwirte finden, die bereit und in der Lage wären, die gewaltigen Summen aufzubringen, die für die Großverkäufe aufgerufen werden. Dem Vernehmen nach haben sich verschiedene Unternehmen sofort bereit erklärt, die Flächen zu übernehmen. In erster Linie handelte es sich um Agrar-Holdings in der gleichen Größenordnung wie KTG Agrar. Lokale bäuerliche Betriebe bleiben, sofern überhaupt noch vorhanden, auf jeden Fall außen vor. Lokale Betriebe blieben auch unberücksichtigt, als es um die Pachtflächen ging, die von den KTG-Agrar-Unternehmen bewirtschaftet werden. Alle von Hofreiter aufgekauften ehemaligen LPGs gingen dem Vernehmen nach für etwa fünf Millionen Euro in den Besitz der Bremer Zech-Gruppe über. Sie übernimmt zudem die Mehrheit an der ebenfalls insolventen KTG Energie. Zech ist ein Immobilien- und Baukonzern, der von Liechtenstein aus als Stiftung agiert. Zur Verwaltung der neu erworbenen Vermögenswerte gründete Zech die „Deutsche Agrarholding GmbH“ und setzte als ihren Geschäftsführer Felix Colman ein. Der war zuvor Geschäftsführer der 2015 pleite gegangenen Skandalfirma Imtech, einem Ausrüster und Dienstleister des

Berliner Flughafens. Auch diese Firma hatte die Zech-Group in der Insolvenz übernommen

Holding-Landwirtschaft

Das Erfolgsrezept der sich ausbreitenden Holding-Landwirtschaft ist schlicht: Subventionen, Steuervermeidung und Spekulation. Richtig kombiniert betriebswirtschaftlich ein sicherer Tipp ist es volkswirtschaftlich eine Plage. Für diese Unternehmen bedeutet die gegenwärtige Struktur der Direktzahlungen eine Einkommensgarantie pro Hektar, die sich zu Millionenbeträgen summiert. Diese öffentlichen Mittel begünstigen die Flächenkonzentration. Nicht nur in Ostdeutschland, sondern in ganz Europa und da vor allem in den Mitgliedstaaten mit realsozialistischer Vergangenheit. Vorstöße zur verbindlichen Kappung der Direktzahlungen scheiterten bei der letzten Agrarreform vor allem am vehementen Widerstand aus Deutschland. Die Preise für landwirtschaftliche Flächen haben sich seit der Jahrhundertwende besonders in den ostdeutschen Regionen etwa verdreifacht. Laut Prognosen werden sie weiter steigen umso attraktiver erscheint die Investition in „bleibende Werte“. So sollen Vermögen gesichert werden, denn nach dem gegenwärtigen Geldrausch ist unweigerlich eine Inflationsphase zu erwarten. Das Grundstücksverkehrsgesetz und Pachtverkehrsgesetz, das für eine gesunde und möglichst breite Streuung von Grundeigentum sorgen soll, steht der Transformation – siehe KTG - in Holding-Land bisher machtlos gegenüber.

Maria Heubuch,
Europaabgeordnete und Bäuerin

Die Sau rauslassen!

Minister-Verbände-Gespräch über die Zukunft der Tierhaltung in Münster

Saugut – gemeinsam das Tierwohl verbessern und die Sau rauslassen“ – ein starker Titel für eine Erklärung zweier grüner Landwirtschaftsminister in den, für die Landwirtschaft in Deutschland an sich und für die Schweinehaltung im Besonderen, wichtigen Bundesländern Niedersachsen und NRW. Eingeladen hatten die grünen Landwirtschaftsminister Christian Meyer und Johannes Rimmel in den geschichtsträchtigen und prunkvollen Festsaal des Erbdrostenhofes, um mit einer Vielzahl von Verbänden zu diskutieren. Es ging um langfristige Planungsgrundlagen für die Schweinehaltung. „Heute ist es so, dass viele Maßnahmen zum besseren Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und zum besseren Tierschutz ein wirtschaftliches Risiko für Landwirtinnen und Landwirte darstellen, insbesondere für kleine und mittlere Betriebe. Nachhaltigkeit rechnet sich auf den Märkten häufig nicht; ungenügende Tier- und Umweltschutzstandards werden auf den Märkten häufig belohnt. Das ist eine skandalöse, nicht hinnehmbare Fehlentwicklung“, erklärten die Minister. Ihre so benannte „Münsteraner Erklärung“ liest sich, als hätten bewusste VerbraucherInnen, Naturschützer und auch PolitikerInnen zusammen mit der AbL ihre Wünsche zu Papier gebracht – so wie am 21. Januar in Berlin auf der „Wir haben es satt“-Demo von vielen Teilnehmern gefordert: mehr Tierwohl im Stall durch ausreichend Platz, artgerechte Beschäftigung und Auslauf; Verzicht auf Amputationen wie das Ringelschwanzkürzen; Umweltausmissionen reduzieren; Zielkonflikte zwischen Umwelt- und Tierschutz klar be-

nennen und auflösen; verbindliche und mehrjährige Verträge mit dem Einzelhandel abschließen, um Investitionen in tiergerechte Haltungssysteme zu fördern; Marktanteil von Bio-Schweinefleisch erhöhen; nachhaltige Schweinehaltung gemeinsam mit den Niederlanden und Dänemark weiterentwickeln.

Der Bauernverband mit seinen jeweiligen Vorsitzenden Werner Hilde (Niedersachsen), Bernhard Conzen (Rheinischer Bauernverband) und Johannes Röring (Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e. V.) hatte mit Mitgliedern und Plakaten z. B. „Sauenhalter auf der Roten Liste“ einen eher unangenehmen Empfang or-

ganisiert und machte sowohl in Redebeiträgen als auch in Presseverlautbarungen rund um diese Veranstaltung klar, was er davon hält: Grundsätzlich werden ein fairer Dialog und eine Abstimmung über die Zukunft der Schweinehaltung begrüßt, kritisch wird der große Teilnehmerkreis des Verbändegesprächs – eben nicht nur der Bauernverband und die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Nordwestdeutschland (ISN) – gesehen.

Ermutigungsprogramm

Die Reaktion zeigt, dass den Vertretern des Bauernverbandes nicht klar ist, dass die obigen Forderungen eigentlich

nicht mehr zu diskutieren sind, weil entweder schon EU-Recht oder von allen gesellschaftlichen Gruppen eingefordert. Es geht um die Umsetzung und die will die ministeriale Initiative in gemeinsamen Runder-Tisch-Gesprächen formulieren. Wesentliche Entscheidungen sollen in den Bundesländern getroffen bzw. zumindest unterstützt werden – siehe Kastenstandverbot in Sachsen-Anhalt. „Zudem muss sich die Förderung zukünftig an einer tiergerechten und umweltschonenden Schweinehaltung orientieren. Mit allen, die Verantwortung tragen, wollen wir den Dialog verbindlich und zielgerichtet führen“, sagte Minister Meyer. AbL-Vorsitzender Martin Schulz formuliert: „Wir brauchen ein Ermutigungsprogramm, das für die Gesellschaft wie für die bäuerlichen Betriebe glaubhafte und verlässliche Perspektiven aufzeigt. Es muss klar werden, wohin wir wollen, also wie Tiere gehalten werden sollen. Und die Bauern müssen sich auf dem Weg dorthin darauf verlassen können, dass sie auf den Kosten nicht hängenbleiben.“ Die Hoffnung, dass endlich bäuerliche Belange von PolitikerInnen und Verbandsvertretern berücksichtigt werden, wird sich nur dann erfüllen, wenn die AbL die Politik weiter antreibt.

Anika Berner, EFN-Projekt, AbL Niedersachsen/Bremen e. V.

Am 7. 2. gibt es in Münster ein Treffen von interessierten AbLern zu Schweinehaltung, Fütterung und Vermarktung. Nähere Infos beim EFN.



Bauern und Bäuerinnen speisen ihre Vorstellungen im BMEL ein

Foto: Die Auslöser

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe □ 2017 Schwerpunkt: Wasser - 24,00 € □ □ 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 €, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

Matthias Stürwaldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
-je zzgl 5,50 € Versand

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Lehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder ABL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Zum Tod von Hans Hohenester, Vorsitzender des Naturland Präsidiums
Lieber Hans,
wer kämpft, kann verlieren.
Wer nicht kämpft, der hat schon verloren.
Deine ruhige bäuerliche Stimme wird uns fehlen.
Die Erinnerung bleibt und stärkt.
Deiner Familie wünschen wir ganz viel Kraft.
Georg Janßen
für den Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?
Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de,
Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS März 2017 ist der 17.02.2017**
Chiffrezuschriften: AbL Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Sonstiges

• **Bioland-Obstbäume und Beerenobst**,
bewährte Sorten, beste Bioqualität
Baumschule PFLANZLUST ☎ 05692 -
8635, www.biobaumversand.de

Hof und Arbeit

Gemeinschaft sucht LandwirtIn/GärtnerIn mit Visionen!

Unsere Gemeinschaft Sonnenwald Schernbach sucht ein neues Mitglied für den Bioland-Hof: 38 ha plus evtl. 43 ha Land. Gemüseanbau zur Selbstversorgung hat Priorität, darüber hinaus ist die künftige Nutzung noch nicht festgelegt und hängt von Ihrem Fachwissen ab! Unser Objekt liegt im Nordschwarzwald auf 680 m Höhe. Wir können uns u.a. auch eine biologisch-dynamische Wirtschaftsweise, Permakultur, Solidarische Landwirtschaft (CSA) vorstellen. Unsere Gemeinschaft möchte auf bis zu 50 Erwachsene plus Kinder anwachsen. Das Objekt liegt idealerweise inmitten einer gewachsenen Dorfgemeinschaft. Neugierig geworden?
Dann schicken Sie Ihre Nachricht über www.gemeinschaft-sonnenwald.de oder direkt an [guenther.seiring\(at\)web.de](mailto:guenther.seiring(at)web.de)

Ihr sucht einen landwirtschaftlichen Hof als Existenz?

Wir bieten jungem Ehepaar / Partner auf Erbpachtbasis unseren modernen, schuldenfreien Aussiedlerhof im Eifelkreis Bitburg-Prüm, RLP zur Übernahme an: 11 ha Streuobstwiesen, Obstverwertung über moderne Brennerei und Mosterei mit Hofladen und festem Kundenstamm, Brennholzverkauf. Möglich wären zusätzlich extensive Tierhaltung und Ferienwohnungen.
Kontakt: Tel.: 06569 - 7284, email: info@eifelbrennerei-hauer.de



Internationaler Kongress zu den Rechten der Kleinbauern
07. - 10. März 2017 Schwäbisch Hall

Mit Vertretungen von Kleinbauern weltweit und Vertreter internationaler Organisationen und zahlreicher Allianzen. Ziel des Kongresses ist es, die Situation und die Forderungen internationaler Kleinbauern verstärkt sichtbar zu machen und zur Unterstützung der UN-Working Group des Menschenrechtsrats in Genf für die Entwicklung einer Erklärung zu den „Rechten der Bauern und anderer Menschen, die auf dem Lande arbeiten“ beizutragen.
www.global-peasants-rights.com

HANDEL VON BAUER ZU BAUER!

Stellen Sie Ihre Erntemengen in die Warenbörse ein!

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf:
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

☎ 05507 9644640

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Veranstaltungen

Jahreshauptversammlung Regionalgruppe Franken
05.02.2017, 13. Uhr

Kurzreferate zu den Themen:
Entwicklung der Landwirtschaft im Bereich Bayreuth
Die Lage der Milchviehhalter
Kurzvorstellung Solawi Bayreuth
Agrotourismus Frankenwald sowie weiteren Themen

Ort: Hof Tembo, Dörflas 2, 95463 Bindlach
Weitere Infos: Isabella Hirsch, 09852-1846, Gabriel Deinhard, 09194-84 80
www.abl-bayern.info

Jahreshauptversammlung Regionalgruppe Chiemgau
07.02.2017, 19.30 Uhr

„Eine Chance für die Bäuerliche Landwirtschaft - für eine nachhaltige Reform der EU Agrarpolitik“
Referentin: Gertraud Gafus

„Bienen brauchen die Bauern und Bauern brauchen die Bienen“
Referenten: Simon Angerpointner und Prof. Dr. Zimmer

Gasthof Martini, 83371 Stein an der Traun

Gemeinsamen Wintertagung und Mitgliederversammlung der AbL Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz/Saarland
19.02.2017, 9.30 - 17.00 Uhr

Programm:
• Ankunft, Kaffee, Begrüßung
• Bericht zur Arbeit der AbL von Georg Janßen
• Ergänzungen durch die Landesverbände
• Hans Jürgen Müller „Hofnahe Schlachtung“ (evtl. Alternativprogramm)
• Mittagessen
Mitbring-Fingerfood-Buffer mit Produkten von AbL Höfen
• Vorstellung AbL-Papier von Gertraud Gafus
• Stellungnahme Ministerien (HE und RLP)
• Debatte
15.30 Uhr Ende der öffentlichen Tagung und Beginn der jeweiligen Mitgliederversammlung

Bitte hofergogene Produkte als Finger-Food oder andere Kleinigkeiten für das bunte Buffet mitbringen!

Veranstaltungsort: Klosterhof Gnadenenthal in 65597 Hünfelden
Bitte anmelden: ralf.wey@abl-rlp-saar.de // hessen@abl-ev.de

Jahresmitgliederversammlung Landesverband Baden-Württemberg
12.03.2017, 10 - 16 Uhr

Qualität und Regionalität: Strategie für die betriebliche Existenzsicherung?!

Diskussionsteilnehmer:
• Wolde Mammel, Alb-Leisa, Genbänkle und andere Initiativen
• Franz Häubler (Vorstandsmitglied der AbL)
• Friedlinde Gurr-Hirsch (Staatssekretärin im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg)

Weitere Programmpunkte:
Bericht von der Arbeit der AbL auf Bundesebene, Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL
Mittagessen
Mitgliederversammlung und Vorstandswahlen

Ort: Gasthof Sonne, 71083 Herrenberg-Gültstein, Tailfingerstr. 17
Unkostenbeitrag: 15,- € f. Kaffee, Tee und Mittagessen.
Bitte unbedingt anmelden! email: thomas@abl-ev.de

Hochschultagung
02.02.2017, Kiel
Unter anderem: Was sich Landwirte von der Agrarpolitik nach 2020 wünschen: Ergebnisse einer Umfrage.
Information: www.agrar.uni-kiel.de

Wer die Saat hat - Saatgut
04.02.2017, Ulm, 16.30 Uhr
Samengärtnern und Saatgutbörse
Ort: Haus der Begegnung, Grüner Hof 1, Ulm, Anmeldung: 0731 - 21 658

2. Kontaktforum Hofübergabe
10.-12.02.2017, Fulda
LandwirtInnen und Betriebsleiter, die einen Hof abgeben möchten, sowie alle die konkret einen Hof suchen sind herzlich eingeladen.
Anmeldung: www.oeko-junglandwirte-tagung.de/

CETA Abstimmung
14.115.02.2017, Strassbourg
Das Europaparlament stimmt über CETA ab. Die französischen AktivistInnen bitten um Unterstützung bei der Aktion vor dem Parlament.
Infos: amelie.aitec@reseau-ipam.org

Eherecht und Landwirtschaft
22.02.2017, Hohebuch, 9.30 Uhr
Seminar für junge Paare in der Landwirtschaft.
Information und Anmeldung: Evang. Bauernwerk, Tel.: 07942 / 107-12, Fax: -77, www.hohebuch.de

Neue Chancen
23.02.2017, Hannover
Nutztierpatenschaften, Solidarische Landwirtschaft, Erzeugermarke - Neue Chancen für Bauernhöfe, Tierwohl und Geschmack!? Unter anderem, Vorstellung von Neuland als Erzeugermarke.
Ort: Haus der Kirche, Archivstr. 3, 30169 Hannover, Anmeldung und Information: Tel. 0511 1241-527 oder nerkelun@kirchliche-dienste.de

Mitteldeutschland

Stammtisch Thüringen:
jeden 2. Dienstag im Monat, 19 Uhr, Gaststätte „Zum Siechenbräu“, Weimar

Stammtisch Sachsen-Anhalt:
jeden 2. Mittwoch im Monat, 19 Uhr, Gaststätte „Hallesches Brauhaus“ in Halle

Stammtisch Sachsen:
jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Gaststätte „Zum Schützenhaus“ in OT Siebenlehn / Großschirma

Gäste und Neugierige sind herzlich willkommen!

Landesversammlung NRW
16.03.2017, 11 Uhr

Dialog Landwirtschaft NRW
11.00 Uhr
Mitgliederversammlung
13.13 Uhr
Offene Jahrestagung

Veranstaltungsort: Haus Düsse, Bad Sassendorf-Ostinghausen

Bäuerliche Milcherzeugung in Gefahr

AbL-Milchtagung am 6. März 2017, Hardehausen

Von AbL, KLJB und Domäne Frankenhausen der Universität Kassel
Katholische Landvolkshochschule Hardehausen, 34414 Warburg-Hardehausen

Ist die Krise wirklich vorbei? Analyse, Ausblick, Aktivitäten

Programm:

- 9:30 Uhr Begrüßung Josef Jacobi, AbL, Vorsitzender der Upländer Bauernmolkerei
- 9:40 Uhr Schwarze Null bei 31 Cent?
Karsten Schmal, Präsident Hessischer Bauernverband
- 10:10 Uhr Lehren aus der Milchkrise - Rückblick und Ausblick
Ottmar Ilchmann, konventioneller Milchbauer Vorsitzender der AbL-Niedersachsen
- 10:40 Uhr Milchmarkt, Lieferbeziehungen, Bundeskartellamt
Axel Walterschen, Bundesvorstand Milch Board
- 11:30 Uhr Wie lässt sich zu viel Biomilch auf dem Markt vermeiden?
Johannes Berger, Vorsitzender Bio-MEG Nord
- 12:00 Uhr Mittagspause
- 14:30 Uhr Qualitätsstrategie für stabile Preise in der Krise
Geschäftsführer, Molkerei Berchtesgadener Land (angefragt)
- 15:45 Uhr Genetisches Potential bei Milchkühen wird immer enger
Wolfgang Spangenberg, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Lebens Linien
- 16:30 Uhr Ende *Information und Anmeldung: info@abl-ev.de*

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberg: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzzenhausen, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de

Eiweißfutter aus Niedersachsen
Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

AbL Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 105,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 140,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 50,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 75,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:
 30,-€ 50,-€ 70,-€

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Vorname, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Geschäftsführung:

Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, Schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de

Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com

Südnied: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Weser-Ems: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393, andrea.sweers@googlemail.com

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;

Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de

Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de

Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und

0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Rita Huber,

Tel: 08683-557, huber.aichlberg@gmx.de

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-

304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllalgau@gmx.de

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Hans Zacherl, Tel: 08146/9127

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel

Tel. 09090-5791396, bagrei@online.de

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Stephan Kreppold,

Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de,

Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel:

036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)

Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Thüringen: Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;

Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;

Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Ich zahle:

nach Erhalt der Rechnung

per SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092

AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____



unabhängige bauernstimme: für Stadt und Land

02/2017

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (41,40 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 30 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,90 € bzw. 33,40 € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
 - per SEPA-Lastschriftmandat
- Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539
 ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

 Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221